



PROTOKOLL

DER 3. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2015, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

<u>Datum, Zeit, Ort</u>	Donnerstag, 2. Juli 2015 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall	19.00 – 22.15 Uhr
<u>Präsenz</u>	18 Einwohnerräte (ER) Gemeindepräsident (GP) 4 Gemeinderäte (GR) Zentralverwalter Aktuarin	
<u>Vorsitz</u>	ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)	
<u>Entschuldigt</u>	- ER Marcel Stettler (CVP) - ER Christian Schwyn (SVP)	
<u>Protokoll</u>	Das Protokoll der 2. Sitzung vom 5. März 2015 hat im Ratsbüro zirkuliert und ein paar kleine Änderungen und Korrekturen sind eingefügt worden. Es liegen sonst keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.	
<u>Mitteilungen</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Ruedi Meier präsentiert im Namen der Schulbehörde die Einladung betr. Tagung bzw. Vortrag von Prof. Dr. Urs Moser. - Schreiben Pro Infirmis Frau Leu betr. Richtigstellung des Protokolls Schwimmbad Otternstall vom 13.11.2014. Die Bittstellerin hat aber keine Berechtigung zur Protokolländerungen. Diese Beantwortung findet in der Beantwortung zur Interpellation von Thomas Theiler betr. Badi Otternstall Anpassungen statt. 	
<u>Neueingänge</u>	<ul style="list-style-type: none"> - Kleine Anfrage Walter Herrmann: Verkehrssituation in Neuhausen. - Interpellation Thomas Theiler: Quartierplan „Posthof Süd“. - Interpellation Thomas Theiler: Badi Otternstall Anpassungen. - Interpellation KBA Hard von der SP 	

Traktandenliste:

1. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014/Bericht und Antrag vom 3. Juni 2015 der Geschäftsprüfungskommission der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall an den Einwohnerrat zur Jahresrechnung 2014
2. Bericht und Antrag betreffend Sanierungsprojekt KBA Hard (Planungskredit und Orientierungsvorlage an die Verbandsgemeinden) Kommissionsbericht
3. Bericht und Antrag betreffend Teilrevision der Verordnung über die Abwassergebühr
4. Interpellation Thomas Theiler (CVP): Quartierplan „Posthof Süd“

Die Traktandenliste wird genehmigt.

**Pendente Geschäfte:**

Vorstösse:	Text:	Eingang:	Behandlung ER:	Fristerstreckung:
Motion	Urs Hinnen (ÖBS): Teilrevision der Gemeindeverfassung betreffend die Mitglieder-Zusammensetzung der Bürgerkommission	27.02.2012	03.05.2012 02.05.2013 als erheblich erklärt.	
Motion	Jakob Walter (SP): Der Gemeinderat wird beauftragt, Bericht und Antrag zur Abschaffung der Bürgerkommission vorzulegen.	11.06.2014	Wurde für die Sitzung vom 3. Juli 2014 traktandiert, jedoch von der Traktandenliste gestrichen.	
Postulat	Ruedi Meier (SP): Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien Frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen	15.10.2012	13.12.2012 als erheblich erklärt. 12.12.2013 11.12.2014	1. Fristerstreckung bis 31.12.2014 2. Fristerstreckung bis 31.12.2015
Postulat	Felix Tenger (FDP): Verbesserung der Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer	16.11.2012	13.12.2012 als erheblich erklärt. 12.12.2013	Fristerstreckung bis 31.12.2015
Interpellation	Thomas Theiler (CVP): Quartierplan „Posthof Süd“	18.02.2015	02.07.2015	

Pro memoria:

Kleine Anfrage	Walter Herrmann (FDP): Verkehrssituation in Neuhausen am Rheinfall	08.05.2015

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

Geschäft	Datiert:	Behandlung ER / Status:
Teilrevision der Gemeindeverfassung betreffend die Mitglieder-Zusammensetzung der Bürgerkommission	02.05.2013 als erheblich erklärt	In Arbeit Kommission

ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)

Ich begrüsse Sie zur 3. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr 2015.

ER Thomas Theiler (CVP)

Ich möchte gerne eine kurze persönliche Erklärung abgeben.

Wie sie aus den Medien erfahren konnten, ist mein Leserbrief vom 30. April in der Neuhauser Woche über den Posthof Süd, dem Gemeindepräsidenten ziemlich sauer aufgestossen. Ich habe darum von seinem Anwalt bis heute zwei Schreiben erhalten, in denen ich aufgefordert wurde, mich beim Gemeindepräsidenten Dr. Stephan Rawyler für in diesem Leserbrief gemachten Äusserungen zu



entschuldigen. Dieser Forderung bin ich bis heute nicht nachgekommen, da es für mich keinen Grund gibt, mich bei irgendetwas, für irgendetwas zu entschuldigen. Dieses Vorgehen des Gemeindepräsidenten, sehe ich als schwerwiegenden Eingriff auf meine persönliche Meinungsfreiheit als Politiker. Zudem bin ich der Ansicht, dass im Amt des Gemeindepräsidenten eine höhere Frustrationstoleranz sehr wohl angebracht wäre. In der Neuhauser Woche vom Donnerstag, 7. Mai in der Rubrik: „Die Gemeinde informiert“ schreibt der Gemeindepräsident Stephan Rawyler, dass der Gemeinderat den Gemeindepräsident ermächtigt hat, mit einem Anwalt ein juristisches Vorgehen gegen mich zu prüfen. Diese Gemeinderatssitzung fand am Dienstag, 5. Mai statt. Der Anwalt von Gemeindepräsident Stephan Rawyler hat seinen Abmahnungsbrief an mich aber schon am Montag, 4. Mai (Poststempel) in Schaffhausen aufgegeben. Also ein Tag vorher, ohne Legitimation des Gemeinderates. Diese nachweislich falschen Aussagen in einer offiziellen Gemeindemitteilung in der „Neuhauser Woche“ finde ich ein ungeheuerlicher Vorgang eines Gemeindepräsidenten. Solch ein Vorgehen, sehe ich als einen massiven Vertrauensbruch gegenüber der Neuhauser Bevölkerung und sucht seinesgleichen. Ich habe heute dem Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler via seinem Anwalt, einen Brief zukommen lassen, in dem der Gemeindepräsident aufgefordert wird, binnen 3 Wochen, seine mehrfach in den Presse geäußerten Aussagen, ich hätte dem Gemeindepräsidenten Bestechlichkeit vorgeworfen, zu belegen oder die in der Presse geäußerten Vorwürfe gegen mich öffentlich zurückzunehmen. Sollte keine Reaktion seitens des Gemeindepräsidenten erfolgen, sehe ich mich gezwungen, eine Ehrverletzungsklage gegen ihn einzureichen. Selbstverständlich, stehe ich einer einvernehmlichen Lösung nicht im Wege. Nicht unerwähnt soll die Berichterstattung in den Schaffhauser Nachrichten und Neuhauser Woche bleiben, die einer Zensur gleicht. Am 11. Mai wurde ich durch die Meier + Cie. AG unmissverständlich darauf hingewiesen, dass keine Leserbriefe in Sache Theiler/Rawyler von mir in den beiden Zeitungen erscheinen werden. Im Gegenzug konnte Gemeindepräsident Rawyler bereits einen Tag später weiter seine Unwahrheiten über mich in der SN verbreiten. Meine Interpellation „Posthof Süd“ wurde in der Neuhauser Woche unter fadenscheinigen Vorwänden mit keiner Silbe erwähnt. Der Bericht in den SN über die Mängel der Behindertenrampe in der neuen Badi, ist der Neuhauser Woche kein Wort wert. Ob purer Zufall oder nicht, der Neuhauser Bevölkerung werden Informationen vorenthalten. Keine Informationen, keine Fragen. So einfach ist das! Besten Dank



**TRAKTANDUM 1 Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014/Bericht und Antrag vom
3. Juni 2015 der Geschäftsprüfungskommission der Gemeinde
Neuhausen am Rheinfall an den Einwohnerrat zur Jahresrechnung 2014**

*Erläuterungen/Bemerkungen/Ergänzungen:*Gemeinderat Dino Tamagni

Insgesamt resultiert 2014 ein Gewinn von Fr. 112'317.39 und schliesst gegenüber dem Budget um rund Fr. 346'000.00 besser ab. Im Gesamtergebnis enthalten sind zusätzliche Abschreibungen von Fr. 540'000.00. Diese konnten durch den Gemeinderat analog zur Rechnung 2013 und zum Budget 2015 eingestellt werden, was einerseits den Gemeindehaushalt um wiederkehrende Amortisationskosten von jährlich Fr. 25'000.00 entlastet und zugleich zusammen mit dem positiven Ergebnis der Rechnung 2013 die Fremdverschuldung unter Fr. 49 Mio. bei gleichbleibender Liquidität drückte.

Gemeindesteuereinnahmen

Gesamthaft gesehen kann die Netto-Ertragslage bei den Gemeindesteuern mit Fr. 31.3 Millionen für 2014 als gut bezeichnet werden. Als Budgetgrundlage wurden die Steuererträge 2012 herangezogen. Zusätzlich diente zur Hochrechnung der Steuereinnahmen 2014 das angefangene Rechnungsjahr 2013. Da sich die Steuereinnahmen erst ab Oktober 2013 positiv entwickelten, wurde im Budget 2014 mit einer tieferen Ertragslage bei den Steuerabgaben der juristischen Personen gerechnet, was unweigerlich zu einer positiven Differenz von rund Fr. 0.5 Millionen führte. Diese führte zusammen mit den höheren Aufrechnungen bei den natürlichen Personen wie auch den Nach- und Strafsteuern zu Mehreinnahmen von Fr. 1.5 Millionen. Die Quellensteuern fielen entgegen der Annahme leicht tiefer aus.

Das gute Ergebnis wird jedoch leicht getrübt, da die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1.5 Millionen tiefer ausgefallen sind. Sollte sich dieser Trend für die Rechnung 2015 fortsetzen, muss mit einer negativen Abweichung zum Nettoergebnis gerechnet werden.

Sachaufwendungen

Dank der Ausgabendisziplin konnten die Sachaufwendungen gegenüber dem Budget eingehalten werden. Die Abweichung von Fr. 0.5 Millionen gegenüber dem Budget rührt aus den tieferen Gaseinkäufen der Gaswerke her. Dies bedeutet allerdings, dass auch entsprechend beim Ertrag aus dem Gasgeschäft weniger eingenommen wurde.

Abschreibungen und Investitionen - Gemeindeentwicklungsfond

Die Abschreibungen sind mit Fr. 4.85 Millionen um Fr. 140'000 tiefer als budgetiert ausgefallen. Die tieferen Abschreibungen lassen sich aufgrund der nicht vollumfänglich getätigten Investitionen im Verwaltungsvermögen im Umfang von etwa Fr. 3 Millionen begründen. Die ordentlichen, degressiven Abschreibungen des Verwaltungsvermögens betragen dabei Fr. 3.3 Millionen und die ordentlichen linearen Fr. 1.55 Millionen und erfüllen zusammen die rechtliche Norm des Gemeindegesetzes von wenigstens 10 % Abschreibungen auf Sachgütern, sowie 20 % auf Mobilien. Das Finanzvermögen konnte zum üblichen Satz abgeschrieben werden.

Von den Netto-Investitionsvorhaben von Fr. 8 Millionen wurden nur Fr. 4.96 Millionen, inklusive der Nachtragskredite, realisiert. Obschon die verschobenen Vorhaben notwendig sind, wirkt sich dies positiv auf die Fremdverschuldung aus. Nach einer Erhöhung des Fremdkapitals auf



Fr. 51.5 Millionen per Ende 2013, konnte 2014 die Fremdverschuldung wiederum auf Fr. 48.9 Millionen reduziert werden.

Die Speisung des Gemeindeentwicklungsfonds über Fr. 21'000. — erfolgte im Umfang eines Buchgewinnes auf einem Landverkauf. Die Entnahmen fielen im Rahmen der Budgetvorgaben aus und betragen rund Fr. 170'000.—.

Nachtragskredite

Für das Jahr 2014 wurden 32 Nachtragskredite über Fr. 704'000.— zu Lasten der laufenden Rechnung genehmigt. Zu Lasten der Investitionsrechnung waren es 8 Nachtragskredite über insgesamt Fr. 1.03 Millionen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand verzeichnete gegenüber dem Budget ein Plus von Fr. 60'000.—. Werden dabei die nicht vorausgesehenen und um Fr. 170'000.— höheren Personalversicherungsbeiträge berücksichtigt, sanken die Personalausgaben effektiv um rund Fr. 100'000.—.

Zu erwähnen gilt es, dass die Sitzungsgelder der Regionalkonferenz Südranden durch den Bund bezahlt werden, sie müssen aber nach dem Bruttoprinzip in der Buchhaltung ausgewiesen und über die Lohnbuchhaltung abgerechnet werden. Die Gesamtlohnsumme der Gemeinde reduziert sich um den entsprechenden Betrag.

Gas- und Wasserwerke

Die Gaswerke übertrafen die Budgetvorgaben um Fr. 510'000. —. Der Nettoertrag erhöhte sich auf Fr. 1,114 Millionen. Gegenteilig verlief der Erfolg der Wasserwerke. Diese schlossen gegenüber dem Budget, welches einen Gewinn von Fr. 320'000.— vorsah, mit einem Verlust von Fr. 11'000. — ab. Für den Verlust verantwortlich waren Ausgaben für den Trinkwassereinkauf bei der Stadt Schaffhausen während der Pumpensanierung, wie auch fehlende Einnahmen aus Trinkwasserverkäufen an die Gemeinde Beringen.

Entsorgung

Nach wie vor sind die Entsorgungskosten bei den Grünabfällen ungedeckt und betragen rund Fr. 300'000. —. Nachdem die Einnahmenanteile der Abwassergebühren in einem ersten Schritt für die Jahre 2013 und für 2014 angepasst wurden und für das Jahr 2015 eine weitere Erhöhung vorsehen, reduzierte sich der Aufwandüberschuss sukzessive und beträgt im Berichtsjahr noch rund Fr. 250'000.—.

Sozialausgaben

Die Sozialhilfe, insbesondere im Bereich Unterstützungen an Kantonsbürger, Bürger anderer Kantone und Ausländer, weist budgetierte Aufwendungen von Fr. 5.1 Millionen aus. Negativ beeinflusst wurde der Ertrag aus den tieferen Rückerstattungen aus Ergänzungsleistungen, AHV/IV, Arbeitslosenkasse und sonstigen Lohnanteilen. Der daraus resultierende Budgetfehlbetrag beläuft sich auf rund eine Fr. 0.5 Millionen.

**Rechnung 2014 im Überblick**

in 1000 Fr.	Rechnung 2014	Budget 2014	Rechnung 2013	Abw. Zu Budget 2014	Abw. Zu Rechnung 2013
Laufende Rechnung					
Aufwand	79'496	81'677	82'078	-2'181	-2'582
Ertrag	79'608	81'443	82'193	-1'834	-2'585
Ergebnis	112	-234	115	346	-2
Investitionsrechnung					
Ausgaben VV	6'380	9'170	5'134	-2'790	1'246
Einnahmen VV	1'414	1'090	1'528	324	-114
Nettoinvestitionen	4'966	8'080	3'606	-3'114	1'360

Gemeinderat Dino Tamagni

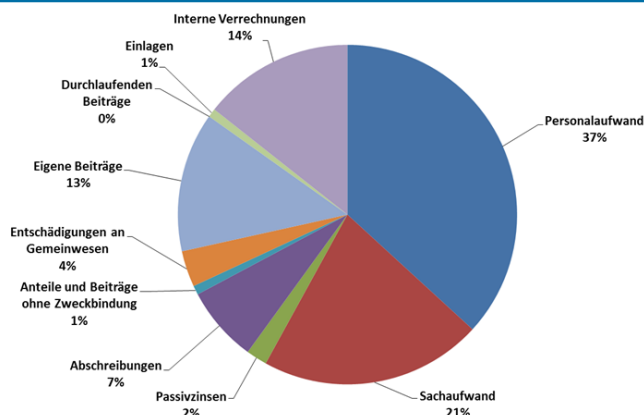
Wir haben einen Aufwand von Fr. 79'496.00 und einen Ertrag von Fr. 79'608.00 was ein Ergebnis von Fr. 112'000.00 ergibt, das ich erwähnt habe. Dann haben wir die Ausgaben in der Investitionsrechnung von Fr. 6.3 Mio. und Einnahmen aus dem Verwaltungsvermögen von Fr. 1.4 Mio. was rd. Nettoinvestitionen von Fr. 5 Mio. ergab. Das ergibt auch die Abweichung von rd. Fr. 3 Mio., die ich angesprochen habe, weshalb auch die Abschreibungen tiefer ausgefallen sind.

Rechnung 2014 Finanzierung

in 1000 Fr.	Rechnung 2014	Budget 2014	Rechnung 2013	Abw. Zu Budget 2014	Abw. Zu Rechnung 2013
Ergebnis Lfd. Rechnung	112	-234	115	346	-2
Nettoinvestitionen	4'966	8'080	3'606	-3'114	1'360
Finanzierungsbedarf	4'854	8'314	3'491	-3'460	1'362
Nettospezialfinanzierungen	-228	475	405	-703	-633
Abschreibungen VV	5'405	4'998	5'684	407	-279
Finanzierungsfehlbetrag	-551	3'316	-2'193	-3'867	1'641
Selbstfinanzierungsgrad	107%	65%	172%		

Gemeinderat Dino Tamagni

Hier dann die Finanzierung. Wie sieht die Finanzierung bei uns aus? Wir haben hier das laufende Ergebnis mit den Fr. 112'000.00 und mit den Nettoinvestitionen von rd. Fr. 5 Mio. ergibt dann einen Finanzierungsbedarf von rd. Fr. 4.8 Mio. Dann haben wir die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens gegenübergestellt, was einen Finanzierungsfehlbetrag resp. einen negativen Fehlbetrag resp. einen Überschuss ergibt von Fr. 550'000.00. Werden die Nettospezialfinanzierungen dazugezählt ergibt sich ein Selbstfinanzierungsgrad von 107 %. Hier sage ich immer, wenn es über 100 ist, dann ist das tip top, dann können wir Schulden zurückzahlen. Wenn wir hier, wie im Budget angekündigt unter 100 sind, dann hätten wir Geld aufgenommen.


Rechnung 2014
Aufwand nach Sachgruppen Anteil am Gesamtaufwand

Gemeinderat Dino Tamagni

Der Personalaufwand liegt bei 37 %. 1 Prozent tiefer wie das Vorjahr. Hier muss dazu gesagt werden, der Prozent tiefer ist natürlich immer in Relation zum Gesamtaufwand. Dieser ist gesamthaft auch tiefer ausgefallen. Genau das selber beim Sachaufwand. Hingegen, die eigenen Beiträge, hier sind die Sozialhilfebeiträge enthalten, die sind in der Relation gleich bei 13 % geblieben. Wie sieht das bei den absoluten Zahlen aus?

Rechnung 2014
Aufwand nach Sachgruppen

	R 2014	B 2014	R 2013	Δ zu B 2014	Δ zu R 2013
Personalaufwand	29'260	29'192	29'331	68	-71
Sachaufwand	16'852	17'378	17'811	-526	-959
Passivzinsen	1'586	1'786	1'625	-199	-38
Abschreibungen	5'739	5'383	6'275	356	-536
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	687	616	662	71	25
Entschädigungen an Gemeinwesen	2'736	2'814	2'783	-78	-47
Eigene Beiträge	10'567	10'822	10'497	-255	71
Durchlaufenden Beiträge	2	32	2	-30	1
Einlagen	647	1'411	1'143	-764	-496
Interne Verrechnungen	11'419	12'243	11'951	-824	-532
Total Aufwand	79'496	81'677	82'078	-2'181	-2'582

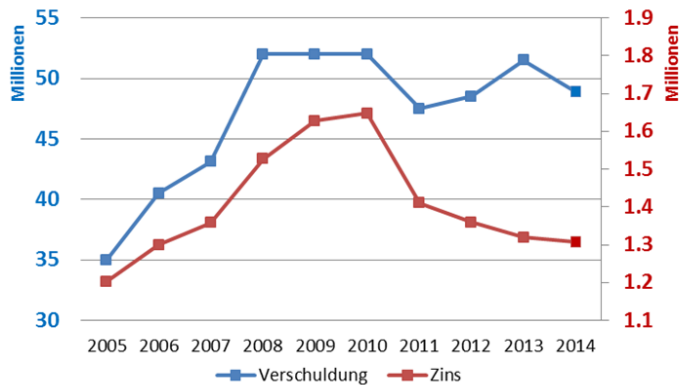
rot=schlechter

Gemeinderat Dino Tamagni

Der Personalaufwand wie angetönt gleichbleibend, stagnierend in den Kosten. Der Sachaufwand ist zurückgegangen gegenüber der Rechnung 2013 um rd. Fr. 1 Mio. Das rührt aus dem tieferen Gaseinkauf her bei den Gaswerken hat dann aber auch den Gegenpol auf der Seite der Erträge. Dann haben wir die eigenen Beiträge, wie vorhin erwähnt, die auf der gleichen Höhe verharren wie ein Jahr zuvor.

GEMEINDE
**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

Rechnung 2014
Verschuldung 2005 - 2014

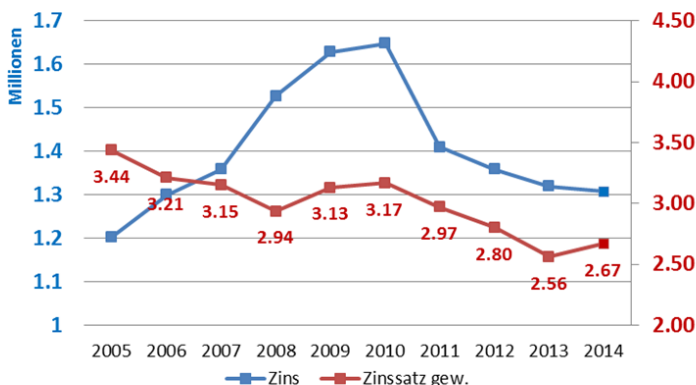


Gemeinderat Dino Tamagni

Wie sieht die Fremdverschuldung aus? Hier geht es um die fremden Darlehen. Nach dem konstanten Anstieg bis ins Jahr 2008 haben wir die Fr. 50 Mio. Grenze geknackt und konnten dann im Jahre 2011 etwas Schulden wieder abbauen, mussten dann aber aufgrund des schlechten Rechnungsjahres 2011 wieder Schulden aufnehmen und sind heute in der Lage, wieder etwas zurückzuzahlen aufgrund des guten Rechnungsabschlusses 2013 und 2014 und tiefere Investitionen. Der Zins wird immer tiefer. Wir sind bei Fr.1.3 Mio. angelangt bei ca. Fr. 50 Mio. Fremdverschuldung.

GEMEINDE
**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

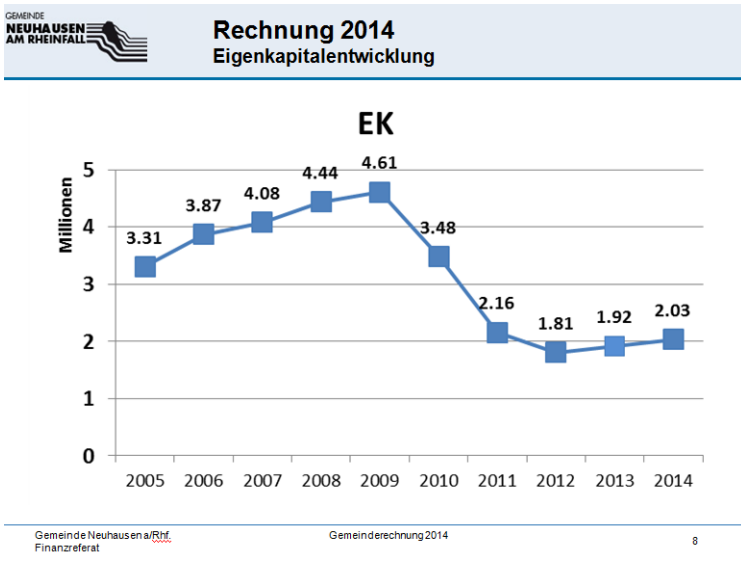
Rechnung 2014
Kapitalzins / gewichteter Zinsfuss auf Darlehen



Gemeinderat Dino Tamagni

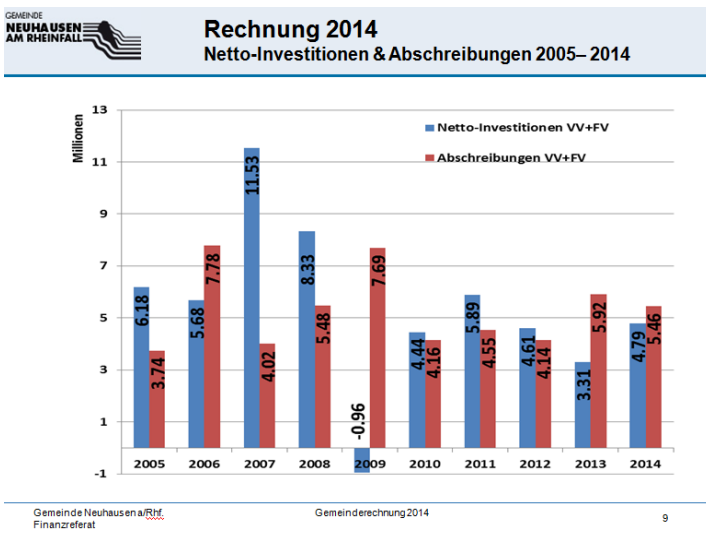
Hier nochmals die Zinszahlungen, welche bis auf Fr. 1.3 Mio. gesunken sind und hier der durchschnittliche Zins, den wir bezahlt haben. Lassen Sie sich aber nicht von diesem Zinsfuss täuschen. Es ist nicht das arithmetische Mittel von den Zinsfüssen über das gesamte Darlehen sondern diese bezieht sich auf den letzten Stand der Schuld, den wir haben d.h. auf die Fr. 49 Mio.

Hier drinnen sind auch noch neu enthalten, wie es die FIKO gewünscht hat und die Geschäftsprüfungskommission hat dies auch so verabschiedet, dass die neu aufgenommen Darlehen mit einem theoretischen oder marktüblichen Zins belegt werden und auch in der Rechnung berücksichtigt werden. Das gilt aber nur für die neu aufgenommen Darlehen. Wenn wir alle Darlehen ausgelöst haben oder abgetauscht haben, dann werden wir eine Ganzjahresbelastung hier drinnen haben, wenn der Zins fällig ist.



Gemeinderat Dino Tamagni

Das Eigenkapital. Nachdem wir die schlechten Rechnungsjahre hinter uns haben 2010 und 2011 können wir seit 2012 sukzessive wieder das Eigenkapital aufbauen. Das Eigenkapital beträgt momentan etwas über Fr. 2 Mio. Das lässt uns hier auch ein bisschen Reserve falls ein schlechteres Jahr wieder kommt. Man muss bedenken, Fr. 2 Mio. ist nicht eine gewaltige Summe. Wenn Sie hier die Ausrutscher anschauen, dann kann es relativ schnell gehen, bis das Eigenkapital weg ist. Ziel wäre, den Betrag wieder bei ca. Fr. 4 Mio. zu festigen.

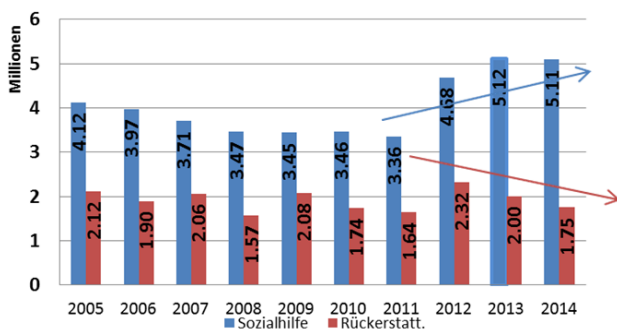


Gemeinderat Dino Tamagni

Dann die Nettoinvestitionen Verwaltungs- und Finanzvermögen und auch die Abschreibungen gegenübergestellt von beiden Rechnungen. Die Investitionen sind in etwa stagnierend, wie ich es Ihnen bereits erläutert habe auf einem Durchschnitt von ungefähr Fr. 4.6 Mio. Auch wenn wir in der Investitionsrechnung mehr eingestellt haben beträgt die Ausgaben in etwa die Fr. 4.6 Mio. 2006, 2007 und 2008 sind Zollstrasse Unterführung, Altersheim Rabenfluh hier eingeflossen. Im Gegensatz dazu die Abschreibungen konnten diese aufgrund der guten Ergebnisse um zusätzliche Abschreibungen erhöht werden. Darum ist auch hier der Abschreibungsbalken etwas höher als die Investitionen.

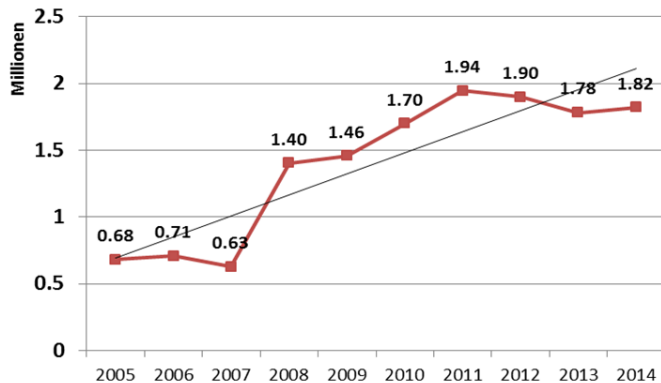
GEMEINDE
**NEUHAUSEN
 AM RHEINFALL**

Rechnung 2014
 Sozialhilfeaufwand / Rückerstattungen 2005 – 2014



Gemeinderat Dino Tamagni

Dann der Sozialhilfeaufwand mit den Rückerstattungen. Hier fand die Abstimmung über das Arbeitslosengesetz statt und die hat natürlich hier einen sehr starken Einfluss. Einerseits bei den Ausgaben der Sozialhilfe. Die hat hier 2013 und 2014 auf einem hohen Niveau stagniert. Was aber den Gemeinderat stark beschäftigt sind die rücklaufenden Rückerstattungen, welche nochmals um eine viertel Million gesunken ist. Hier sind Entschädigungen von Arbeitslosenkassen enthalten oder es sind allfällige Kleinstpensen, die Sozialbezüge machen und zurückfliessen oder auch Leistungen aus Ergänzungsleistungen, die hier zurückfliessen. Das Ganze hat wesentlich abgenommen gegenüber den Vorjahren. Der Nettoaufwand ist von Fr. 3.1 Mio. auf Fr. 3.3 Mio. angestiegen.



Gemeinderat Dino Tamagni

Dann die Krankenkassenprämienverbilligungen. Wie gesagt, der Anstieg war nicht so steil wie erwartet. Wir verharren hier auf einem Niveau von Fr. 1.82 Mio. Nach Aussagen des Kantons sollte es hier etwas flacher hinaufgehen, nicht mehr so steil wie angenommen, aber dennoch Fr. 1.82 Mio. entspricht etwa 6 Steuerprozenten der Gemeinde Neuhausen.

	R 2014	B 2014	R 2013	Δ zu B 2014	Δ zu R 2013
Steuern	31'635	30'135	33'154	1'500	-1'519
Regalien und Konzessionen	41	47	42	-5	-0
Vermögenserträge	1'132	1'933	1'684	-801	-552
Entgelte	30'339	31'748	30'254	-1'408	85
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	471	465	451	6	20
Rückerstattungen von Gemeinwesen	1'617	1'949	1'855	-332	-238
Beiträge für eigene Rechnung	2'077	1'955	2'064	123	14
Durchlaufende Beiträge	2	32	2	-30	1
Entnahmen	875	936	737	-61	137
Interne Verrechnungen	11'419	12'243	11'951	-824	-532
Total Ertrag	79'608	81'443	82'193	-1'834	-2'585

rot=schlechter

Gemeinderat Dino Tamagni

Woher kommt das Geld? Wie gesagt Fr. 31.6 Mio. waren die Steuererträge in 2014, budgetiert waren Fr. 30.1 Mio. Die Budgetzahl wurde basierend auf den Erträgen des Jahres 2012 gemacht plus noch das beginnende Rechnungsjahr 2013 und die Haupteinnahmen im Jahre 2013 fielen erst im letzten Quartal an insbesondere bei den juristischen Personen weshalb auch die budgetierte Zahl fürs Jahr 2014 vorsichtiger ausgefallen ist. Wir sind froh, dass es hier anders gekommen ist, doch muss ich sagen ein bisschen Missmutig stimmt mich aber die Tatsache, dass wir hier etwa Fr. 1.5 Mio. weniger eigenommen haben als 2013, was eine gewisse Tendenz auf für das Jahr 2015 erahnen lässt. Dann die Entgelte. Hier um Fr. 1.4 Mio. tiefer. In den Entgelten sind die Altersheimereinnahmen, die Pensionärenleistungen verbucht, aber auch die Einnahmen aus den



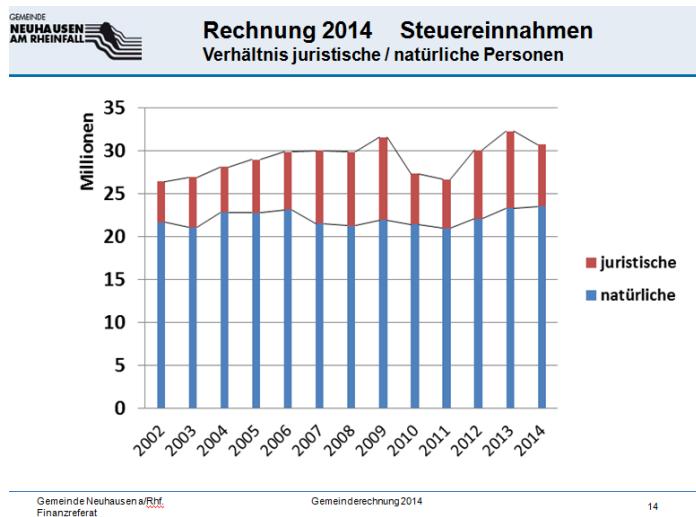
Gaswerken, das habe ich anfangs bereits erwähnt. Weniger Aufwendungen aber auch weniger Erträge! Durch weniger Verkäufe, weil es ein lauer Winter war und auch durch die gesunkenen Preise.

		R 2014	B 2014	R 2013	Δ zu B 2014	Δ zu R 2013
ALLGEMEINE VERWALTUNG		5'501	5'438	5'788	63	-287
ÖFFENTLICHE SICHERHEIT		4'074	3'930	4'085	144	-12
BILDUNG		13'008	12'714	12'909	295	99
KULTUR UND FREIZEIT		3'259	3'078	3'137	181	122
GESUNDHEIT		1'746	1'682	1'724	64	23
SOZIALE WOHLFAHRT		25'093	26'006	25'281	-912	-188
VERKEHR		5'742	6'029	6'274	-287	-532
UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG		7'139	7'063	6'862	75	277
VOLKSWIRTSCHAFT		5'771	7'243	6'688	-1'473	-917
FINANZEN UND STEUERN		8'163	8'494	9'329	-331	-1'167
Total Aufwand		79'496	81'677	82'078	-2'181	-2'582

rot=schlechter

Gemeinderat Dino Tamagni

Dann der Aufwand nach Funktionen. Hier sticht die Soziale Wohlfahrt hinaus, welche besser abgeschnitten hat, wie angenommen insgesamt. Hier sind aber auch die Aufwendungen in den Heimen verbucht wie aber auch natürlich die Sozialhilfe etc. Dann haben wir noch die Bildung. Hier bemerkenswert, die Bildung stagniert auf einem guten Niveau. Hier sind wir froh, dass diese nicht zusätzlich angestiegen ist, wie in den früheren Jahren. Wir haben hier eine gute Konstante. Hier wird es sicher in Zukunft noch Änderungen geben, wenn der Schulreferent mit mehr Kindergartenklassen rechnet und mehr Schulklassen. Dann wird diese Zahl natürlich ansteigen. Finanzen und Steuern sind hier tiefer, weil wir etwas weniger Abschreibungen hatten wie 2013.



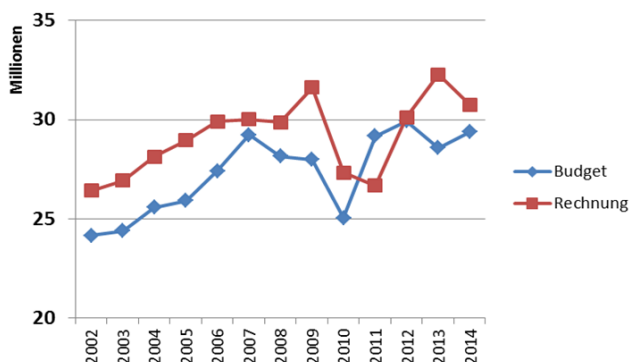


Gemeinderat Dino Tamagni

Hier das Verhältnis juristischer Personen gegenüber natürlichen Personen. Die juristischen Personen schliessen mit Fr. 1.7 Mio. weniger ab als 2013. Aufgefangen ein bisschen durch die natürlichen Personen, da diese um ca. Fr. 150'000.00 besser abschneiden. Das Verhältnis ist etwas gestärkt worden. Die natürlichen Personen sind anteilmässig auf 76.5 % von 72.3 % gewachsen. Dennoch der Anteil der juristischen Personen ist für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall überlebenswichtig.



Rechnung 2014 Steuereinnahmen Entwicklung Budget / Rechnung 2002 - 2014



Gemeinderat Dino Tamagni

Dann die Entwicklung des Budgets gegenüber der Rechnung mit den Steuereinnahmen. Wie gesagt, bis 2010 war die Welt noch einigermaßen in Ordnung. Wir haben immer besser abgeschnitten als budgetiert. Ein Jahr später im 2011 wurden wir massiv überrascht mit einem etwa Fr. 3 Mio. Delta haben wir tiefer abgeschlossen als budgetiert. Eigentlich das erste Mal, dass das vorkam. 2012 mit der Extraeinlage einer juristischen Person eine Punktlandung und 2013 haben wir eine komplett andere Richtung erwischt mit ca. Fr. 3 Mio. Mehreinnahmen. Dieses Jahr, wie gesagt, durch die Auswertung dieser Konfliktsituation, tiefer budgetiert – besser abgeschnitten. Ich hoffe, dass wir wenigstens im Jahre 2015 wieder eine Punktlandung machen. Ich rechne nicht damit, dass wir wieder massiv besser abschneiden wie dieses Jahr.

Der Gemeinderat dankt auf jeden Fall auch der Geschäftsprüfungskommission für die gute Zusammenarbeit, die wir gehabt haben. Es war eine sehr konstruktive Zusammenarbeit. Die Fragen wurden von der Geschäftsprüfungskommission präzise gestellt. Wir konnten diese auch beantworten. Der Bericht liegt vor. Ich danke auch für die Bemühungen auch schon im Vorfeld im Zusammenhang mit der FIKO. Der Gemeinderat steht bei der Rechnungsbesprechung gerne zur Verfügung.

ER August Hafner (SP), Geschäftsprüfungskommissions-Präsident

Über die Revisionstätigkeit der FIKO und über die wesentlichen Aussagen des Revisionsberichts hat die Geschäftsprüfungskommission mit Bericht und Antrag vom 3. Juni 2015 informiert. Weiter kann diesem Bericht entnommen werden, dass die Geschäftsprüfungskommission dem Gemeinderat an der Aussprache vom 2. Juni 2015 empfohlen hat, gewisse von der FIKO beanstandete Punkte zu



korrigieren und weiter zu optimieren. Die Geschäftsprüfungskommission hat unter anderem verlangt, dass zukünftig sämtliche Bankkonten der Gemeinde bzw. der Neuhauser Schulen in der Bestandesrechnung aufgeführt und die Verfügungsberechtigungen klar geregelt werden müssen. Darauf hat der Gemeinderat inzwischen reagiert und hat dazu am 9. Juni 2015, die für einen ordentlichen Geschäftsgang nötigen Beschlüsse gefasst. Im Geschäftsprüfungskommission-Bericht nicht erwähnt ist eine gegen einen Einwohnerratsbeschluss verstossende versehentliche Entnahme aus dem Gemeindeentwicklungsfonds. Die entsprechende Korrektur wäre in der Rechnung 2014 zu aufwändig, wird aber in Absprache mit der Geschäftsprüfungskommission in der Rechnung des laufenden Jahres vorgenommen, indem auf budgetierte Entnahmen aus dem Gemeindeentwicklungsfonds in Höhe von Fr. 36'000.00 verzichtet wird. Wegen eines vergessen gegangenen Subventionsgesuchs sind der Gemeinde Einnahmen in der Grössenordnung von Fr. 20'000.00 bis Fr. 30'000.00 entgangen. An der Aussprache zwischen der Geschäftsprüfungskommission und dem Gemeinderat hat die Geschäftsprüfungskommission verlangt, dass die Abläufe im Baureferat so ausgestaltet werden, dass solche Pannen nicht mehr passieren. Die FIKO revidiert nun seit drei Jahren die Neuhauser Jahresrechnungen. Dank ihren Anträgen und Empfehlungen ist die Rechnungsführung in dieser Zeit qualitativ stark verbessert worden. Das ist sehr erfreulich. Das in dieses Mandat investierte Geld ist also gut angelegt und trägt Früchte.

Zum Ergebnis der Rechnung 2014 habe ich folgende Bemerkungen: Der budgetierte Aufwandüberschuss von Fr. 233'900.00 hat sich glücklicherweise nicht realisiert. Anstatt mit einem Verlust, schliesst die Rechnung 2014 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 112'317.39 ab. Die Differenz der Ergebnisse von Budget und Rechnung beträgt somit rund Fr. 346'200.00. In Wirklichkeit ist der Rechnungsabschluss aber noch besser als der ausgewiesene Ertragsüberschuss. Wenn man die zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 554'100.00 hinzu zählt, kommt man auf einen Ertragsüberschuss von rund Fr. 666'400.00. Und anstelle des budgetierten Finanzierungsfehlbetrags von Fr. 3.3 Mio. schliesst die Rechnung 2014 mit einem zur Schuldentilgung verwendbaren Finanzierungsüberschuss von gut einer halben Million Franken ab. Dies nicht nur wegen des positiven Abschlusses der Laufenden Rechnung, sondern auch deshalb, weil die Investitionen deutlich unter Budget blieben. Erfreulich ist auch, dass der totale Aufwand der Laufenden Rechnung rund Fr. 2 Mio. unter dem Budget liegt. Diese guten Resultate dürfen uns aber nicht übermütig machen. Auch in Zukunft muss mit den Gemeindefinanzen sorgfältig umgegangen werden. Denn wenn wie oft in der Vergangenheit die Ausgaben stärker ansteigen als die Einnahmen, laufen wir sofort wieder in Defizite hinein. Bekanntlich stehen zukünftig auch grosse Investitionen an, was dann die Laufenden Rechnungen der nächsten Jahre stärker als heute belasten wird. Unsicher ist auch die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene. Es scheint aber festzustehen, dass die Unternehmenssteuerreform III leider auch bei den Gemeinden zu erheblichen Einnahmeausfällen führen wird. Die Geschäftsprüfungskommission bedankt sich beim Gemeinderat für die geleistete Arbeit und bittet darum, den Dank an das gesamte Gemeindepersonal weiterzuleiten. Unser Dank geht auch an die FIKO für die sorgfältige Prüfung der Jahresrechnung 2014. Ich ersuche den Einwohnerrat, dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission zu folgen und den Anträgen des Gemeinderates zur Rechnung 2014 zuzustimmen.

Eintretensdebatte:

ER August Hafner (SP)

Weiter kann ich die Zustimmung der SP-Fraktion und der ÖBS zu den Anträgen des Gemeinderates signalisieren. In der gemeinsamen Fraktionssitzung wurde das gute Rechnungsergebnis befriedigt zur Kenntnis genommen. Wie üblich werden in der Detailberatung zu einzelnen Punkten des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung noch Wortmeldungen erfolgen. Namens der SP-Fraktion



und der ÖBS danke ich allen, die mit Engagement und ausgezeichneter Arbeit zum guten Rechnungsabschluss beigetragen haben.

ER Peter Fischli (FDP)

Die Freisinnigen / Liberalen Neuhausen am Rheinfall bedanken sich für die zielgenaue Landung, welche die Gemeinde Neuhausen, als Ganzes gesehen, hingelegt hat. Auf eine Summe ca. Fr. 80 Mio. bedeutet die Differenz von absolut Fr. 1'050'774.00 zum korrigierten Budget 2014 (inkl. Nachtragskredite, vgl. Seite 3) deutlich weniger als 2 Prozent Ergebnis-Abweichung - eine bemerkenswerte Leistung, insgesamt sehr gut budgetiert – Bravo!

Der OODA-Loop „Observe-Orient-Decide-Action“ greift als ganzheitlicher Entscheidungsfindungsprozess offenbar nicht nur in der Luftfahrt, sondern auch bei den bodenständigen Gemeindefinanzen.

Den Steuerungstechnikerinnen und Navigatoren der Verwaltung und der Pilotin und den Piloten des Gemeinderates sei hiermit herzlich gedankt für die schwarze Null, welche verbucht werden durfte.

Vorsicht ist aber nach wie vor geboten!

Die Reduktion der Schuldlast aber auch die Umschuldung bei, derzeit günstigeren Finanzkosten (Schuldzinsen), sowie die getätigten ausserordentlichen Abschreibungen sind kein Luxus.

Vielmehr sind es unerlässliche Massnahmen angesichts der kurz- und mittelfristig eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten unseres Gemeinwesens.

Zu einer vollständigen Lagebeurteilung gehören immer die gefährlichste Entwicklungsmöglichkeit und die wahrscheinlichste Entwicklungsmöglichkeit.

Problematisch wird es, wenn die gefährlichste und die wahrscheinlichste Entwicklungsmöglichkeit ein- und dieselbe sind.

Ich halte fest

1. Kostenseitig hat Neuhausen vergleichsweise immer noch sehr hohe Soziallasten zu tragen. Die Krankenkassen-Prämienverbilligungen sind bei unserem Bevölkerungsmix ein sehr wesentlicher Ausgabenposten. Wenn der Sozial-Tourismus weiter anhält, wird sich dies verstärken und noch mehr Niederschlag in künftigen Rechnungen finden.
2. Einnahmenseitig: Wir haben mit weiteren Ausfällen bei den juristischen Personen zu rechnen. Die Ursachen kennen wir alle zu Genüge: Den starke Franken (ein volkswirtschaftlich makro-ökonomischer Effekt), die randregionale Grenzlage (der kleine Kanton im Norden wird von der Eidgenossenschaft stiefmütterlich vernachlässigt) und die jahrzehntelange hausgemachte Verkehrs-, Erschliessungs- bzw. Raumplanungsproblematik, die Krux unserer Gemeinde. Genau diese Krux ist es aber auch, welche langfristig zum Erfolgsfaktor für Neuhausen am Rheinfall werden kann, wenn es gelingt das Steuer herum zu reissen.
3. Infrastrukturseitig sind wir daran, das Dringlichste zu Erledigen. In der Substanzerhaltung gilt vielfach das Prinzip Hoffnung, dass nicht irgendwo Sanierungsfälle mit noch höherer Priorität auftauchen; ich erwähne nur zwei in dieser Runde wohl bekannte Themenkreise die Wasserversorgung und der Strassenunterhalt. Investitionen in Neubauten stehen uns bevor; die Schulen und das Heimwesen werden davon betroffen sein. Dass wird nicht billig!

Aufgrund dieser Fakten, den Erkenntnissen, welche sich daraus resultieren, folgere ich: Auch weiterhin ist kein Übermut angezeigt, die Aufgaben und die Ausgaben der Gemeinde sind aufmerksam zu planen und zu steuern. Die Prozesse in den Referaten sind auf Wirksamkeit zu überprüfen und, wo nötig, den Anstoss zur Verbesserung zu geben – so sehe ich den Auftrag der Geschäftsprüfungskommission. Die Finanz-Instrumente Budget und Rechnung haben unser aller Beachtung verdient. Je besser die Informationen und Überlegungen bei der Planung unserer operativen Tätigkeiten sind desto weniger unliebsame Überraschungen werden wir in einem Jahr feststellen müssen. Insofern gestatte ich mir noch den Hinweis in Sachen Interne Verrechnungen



(Folie 4 – Aufwand nach Sachgruppen Anteil am Gesamtaufwand). Die Aussagekraft dieser Darstellung ist etwas fragwürdig - warum? 1/7 der Leistungen sind intern. Intern bedeutet, eine Sachgruppe hat für die andere Leistungen erbracht. Damit drängt sich eigentlich die Visualisierung nach Leistungsbezüglern und/oder nach Leistungserbringern auf. Folglich wären also minimal zwei, dann wären die internen Verrechnungen voll umgelegt, oder drei Darstellungen sinnvoll. Ich bitte dies für die Präsentation der Rechnung 2015 zu bedenken. Fazit zur Rechnung 2014: Kein Übermut, kurz- und mittelfristig werden wir knapp gehalten sein, aber wenn wir unsere Hausaufgaben mit „gut“ erledigen, wahren wir damit die Zukunftschancen unserer Gemeinde.

ER Peter Schmid (SVP)

Die Fraktion der SVP hat sich eingehend mit der Rechnung 2014 beschäftigt. Eigentlich gibt es fast nur Positives zu berichten und nicht viel dazu zu sagen. Wenn man bedenkt, dass im Budget für 2014 noch ein Aufwandüberschuss von Fr. 233'900.00 eingestellt war und wir jetzt in der Rechnung 2014 einen Ertragsüberschuss von Fr. 112'300.00 erzielt haben, so bedeutet dies doch eine Verbesserung von fast Fr. 350'000.00. Selbstverständlich gibt es immer noch einige Punkte, welche der Gemeinderat unbedingt verbessern muss. Sei dies bei der Fristeinhaltung beim Bezahlen von Lieferantenrechnungen, das würde ich auch aus gewerblicher Sicht sehr begrüßen, denn da hat die FIKO einige Rechnungen gefunden, welche erst nach zwei bis drei Monaten bezahlt wurden, womit auch noch mögliche Skontoabzüge dahinfallen; sei es, dass die Abschreibungspraxis nicht überall so eingehalten wird, wie es eigentlich sein müsste; sei es, dass die FIKO vier Konten gefunden hat, welche die Schulen betreffen und welche nicht in der normalen Rechnung geführt wurden oder sei es, weil Subventionen beim Kanton nicht eingeholt wurden. Als Geschäftsprüfungskommission-Mitglied kann ich aber sagen, dass wir von Jahr zu Jahr auch Verbesserungen feststellen können und dass der Gemeinderat zu den eben erwähnten Punkten bereits Massnahmen eingeleitet hat. Wir treten auf dieses Geschäft ein und werden der vorliegenden Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht 2014 zustimmen. Allfällige Fragen stellen wir in der Detailberatung. Wir danken an dieser Stelle allen an diesem positiven Jahresabschluss beteiligten Personen, insbesondere dem Finanzreferenten, dem alten und neuen Zentralverwalter, dem ganzen Gemeinderat und der FIKO und der Geschäftsprüfungskommission für die Prüfung und Kontrolle.

ER Dario Di Ronco (CVP)

Die CVP-Fraktion hat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2014 gelesen und studiert. Vielen Dank für die sehr gut zusammengestellte Dokumentation dieses Berichtes und der Rechnung. Besonders erfreut nimmt die CVP zur Kenntnis, dass die Verschuldung die Fr. 50 Mio. Grenze nach unten durchschritten hat. Uns ist allgemein aufgefallen, dass die Ausgaben mehrheitlich den budgetierten Vorgaben entsprechen und oder sogar darunter liegen. Auch die Qualität der Kommentare wird jedes Jahr besser, obwohl es immer noch einige hat, die verbesserungswürdig wären. Damit kann man sagen, dass das Budget auf der Ausgabenseite im Grundsatz gut eingehalten wurde. Für diese Budgetdisziplin möchten wir dem Gemeinderat und den Mitarbeitern der Verwaltung danken. Ein besonderer Dank gilt den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission und deren Präsident August Hafner. Die CVP ist für eintreten und wird den Anträgen zustimmen. Allenfalls werden wir uns in der Detailberatung falls nötig zu Wort melden.

ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)

Besten Dank, Eintreten ist somit unbestritten.



Gemeinderat Dino Tamagni

Danke bestens für die gute Aufnahme der Rechnung 2014. Ich möchte noch die eine oder andere Argumentation begründen. Ich möchte mit Peter Fischli (FDP) beginnen zum Thema Sozialtourismus. Da ist der Gemeinderat sicherlich bestrebt auf die Gegebenheiten einzuwirken. Es gibt sicher den einen oder anderen aber wir müssen sagen, dass wir hier in der Agglomeration sind und einen gewissen Zulauf haben, wie es in den Landgemeinden nicht stattfindet. Dann der Ausfall der juristischen Personen. Hier liegt das Problem bei den gemischten Gesellschaften. Das hier die Ausfälle eher drohen aufgrund der Unternehmenssteuerreform III. Hier muss man schauen, dass eine gute Verteilung stattfinden kann auch mit den Lizenzboxen. Was dann genau entstehen wird, werden wir in der nächsten Zeit erfahren, wie wir diese Ausfälle einigermaßen kompensieren können. Die Ausfälle aufgrund des Euros muss man beobachten, was im Gewerbe und Handel geschehen wird. Die IVF hat z.B. ihre Euro Abwicklungen im Ausland. Sie rechnet in Euro ab und da wird der Ausfall nicht gewaltig sein, wie das vielleicht anzunehmen wäre. Das Resultat werden wir dann sicherlich Ende des nächsten Jahres vorliegen haben. Der Gemeinderat ist sicherlich bestrebt daran, mittels seiner Möglichkeiten das Ruder herumzureissen. Die Prozesse, die angesprochen worden sind, ist sicherlich ein laufender Prozess, der der Gemeinderat auch macht. Wir werden in Zukunft auch vermehrt auf die internen Prozesse achtgeben, zumal auch sicherlich mit der harmonisierten Rechnungslegung II dies auch ein Bestandteil sein wird und demnach unumgänglich sein wird. Zu den internen Verrechnungen. Wir werden dies sicherlich nochmals anschauen. Ich gebe einfach zu bedenken, wir haben keine Betriebskostenrechnung und wenn wir unsere Kosten Verursachergerecht nach den einzelnen Abteilungen verteilen wollen, kommt dies hauptsächlich bei der funktionalen Gliederung zu tragen. Ob sich der Aufwand dann lohnt noch eine zweite oder dritte Darstellung zu bringen, lasse ich mal offen. Ich werde dies mit dem neuen Zentralverwalter nochmals anschauen. Dann zu Peter Schmid betr. der Zahlungen, die nicht zeitgerecht erfolgt sind. Das kann es sicherlich mal geben, dass auch bei der Gemeinde eine Zahlung untergeht, sollte nicht sein, aber kann es durchaus geben. Wenn eine Rechnung halt versehentlich im Papierkorb landet anstatt auf dem Pult des Zentralverwalters oder des Gemeindekassiers. Die angesprochene Zahlung, die die Geschäftsprüfungskommission gefunden hat, ist sicherlich eine Zahlung, die über den Architekten gelaufen ist. Sie wurden zuerst vom Handwerker dem Architekten eingereicht. Der Architekt hat dann wiederum eine Zeit gebraucht um die Zahlung zu prüfen, bis sie dann schlussendlich auf dem Baureferat resp. auf der Zentralverwaltung gelandet ist zur Begleichung. Jetzt muss man aber beachten, dass teilweise die Zahlungen mit den Handwerkern auf eine längere Frist abgemacht wurden. Die haben dann eine Zahlungsfrist nach SIA, die höher ist als normal die 30 Tage. Wir sind aber auch immer bestrebt, dass wir die Skontoabzüge auch hier einhalten können resp. wir schauen, dass wir den Skontoabzug sicher machen können und das auch innerhalb der angegebenen Zeit bezahlt wird. Den anderen Parteien danke ich für die gute Aufnahme und wir sind gespannt auf Ihre Fragen.

Detailberatung:

ER Renzo Loiudice (SP)

Geschäftsbericht 2014, Seite 15

0120 Einwohnerrat. Hier hatten wir nicht 0 Kleine Anfragen in 2014 sondern deren 5. Ich bitte allenfalls um Korrektur.



Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das müssen wir so entgegen nehmen. Wir können das heute Abend nicht verifizieren aber ich denke, das wurde sicherlich so gemacht.

ER Jakob Walter (parteilos)

Geschäftsbericht 2014, Seite 22

Betrifft den letzten Absatz. Wenn ich das richtig verstehen, dann hat hier jemand ein Computerprogramm bestellt und stellt mir vor, dass man im Lieferanten vorgibt, was dieses Programm könnten sollte und dann wurde dieses eingerichtet mit der Folge, dass die Drucker nur noch teilweise funktionieren und dass man jetzt noch viel Geld braucht um neue Drucker zu kaufen? Was ist hier falsch gelaufen?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das ist in der Tat nicht so. Das ist das Grundprogramm der KSD. Die KSD hat zwei verschiedene Möglichkeiten, Kunden aufzunehmen. So wie die Stadt Schaffhausen und der Kanton arbeiten auf der gleichen Ebene und dann haben sie uns als separaten Kunden in das System eingeführt. Es hat sich leider gezeigt, dass das System nicht alle Drucker anspricht. Zum Teil werden auch die falschen Drucker angesprochen. Das ist besonders ärgerlich, wenn plötzlich im Altersheim der Drucker rattert mit Infos aus dem Sozialreferat. Das geht natürlich nicht! Ein Teil der Drucker ist aber bereits ausgetauscht, vom Alter her haben diese die Lebensdauer bereits überschritten. Es ist richtig, es kommen noch Drucker auf uns zu. Der Drucker ist eigentlich gar nicht das Problem, denn es ist eigentlich das Zwischenstück, das relativ viel kostet. Das ist in der Tat ärgerlich. Es braucht eine gewisse Neu- bzw. Zusatzverkabelung und der Gemeinderat hat vor einer Woche den entsprechenden Nachtragskredit beschlossen, das kann ich Ihnen sagen. Wir waren eigentlich auch der Ansicht, das hätte die KSD wissen müssen, aber wir können unsere Mitarbeiter nicht mit Geräten arbeiten lassen, die nicht funktionieren und die KSD wird das Problem so lösen, dass wir jetzt auf die gleiche Stufe kommen wie die Stadt und der Kanton. Wir arbeiten zurzeit auch mit Office Versionen, die Sie zu Hause schon längst entsorgt haben. Bei gewissen Internetseiten bekommt man eine Warnung wir hätten einen viel zu alten Browser. Gewisse Funktionen funktionieren nicht mehr und das sollte bis Ende Juli alles umgestellt sein. Wir reden hier aber nicht von 10'000en von Franken, damit das auch klar ist. Es ist unschön, aber die KSD hat das einfach nicht gesehen.



ER August Hafner (SP)

Wie hoch ist dieser Nachtragskredit?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Auf die Gefahr hin, dass ich mich wieder einmal irre. Wir haben Verkabelungskosten gehabt in der Grössenordnung von Fr. 20'000.00 und da gibt's wiederkehrende Kosten von Fr. 10'000.00. In dieser Grössenordnung.

Gemeinderat Dino Tamagni

Noch eine kleine Ergänzung. Die Drucker wären so oder so abgelöst worden. Die sind noch aus dem alten Bestand, bevor wir zur KSD gegangen sind. Wir haben diese mitgenommen und angeschlossen. Die werden neu über die Netzwerkdrucker von der KSD gestellt. Es fallen dann auch mehr wiederkehrende Kosten an. Wenn wir diese abgelöst hätten, hätten wir so oder so neue Drucker über die KSD bezogen. Es ist eine frühzeitige Ablösung aber etwas teurer, weil es ein Netzwerkdrucker ist, als ein analoger Drucker. Das Problem ist vielleicht auch nach deshalb entstanden, als wir zur KSD umgestellt haben resp. waren unseren Computer alles feste Stationen, also PC's oder Laptops und man hat bei der Umstellung, damit es auch günstiger kommt, haben wir Eagles eingesetzt. Das sind kleine Geräte, etwas weniger gescheiter als ein Laptop aber gescheiter als ein Taschenrechner. Da kann man den Drucker, die Tastatur und etwas mehr anschliessen. Diese setzen dann aber ein Netzwerk voraus.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Dank der modernen Technik ist es mir möglich, die genauen Zahlen zu sagen. Es wurde eine Nachtragskredit von Fr. 13'300.00 Verkabelung gesprochen und Fr. 5'500.00 für die KSD Kosten. Die Kosten von Fr. 5'500.00 werden jedes Jahr wieder kommen. Die Fr. 13'300.00 waren einmalig. Die Fr. 20'000.00, die ich noch im Kopf hatte, war der ganze Betrag.

ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)

Wie alt sind denn diese Drucker?

Gemeinderat Dino Tamagni

Diese Drucker sind doch schon etwas älter. Die sind aus der Zeit vor der Umstellung zur KSD. Das war vor 3 bis 4 Jahren und da hatten wir sie auch schon ein paar Jahre. Ich glaube der älteste ist beim Zentralverwalter. Der ist sicher schon 10 Jahre alt.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Auf der anderen Seite ist aber darauf hinzuweisen, dass wir dank der KSD massiv die Kopierkosten senken konnten. Diese Multifunktionsgeräte sind z.T. auch als Kopierer eingesetzt. Das sind erhebliche Beträge, die wir einsparen konnten.



ER Renzo Loiudice (SP)

Geschäftsbericht 2014, Seite 23/24

Eine Antwort erwarte ich nicht, weil diese vermutlich gleich ausfallen wird wie die Vorjahre. Ich möchte trotzdem darauf zurückkommen auf die Ergebnisse der Mitarbeiterbeurteilungen. Es fällt einfach wieder einmal auf, dass die tiefen Lohnbänder (Mitarbeiter, welche nicht im Kader sind) bei B und bei C bewertet werden aber bei den Kadermitarbeitern sind praktisch nur B. Das fällt jedes Jahr auf!

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich werde ungefragt eine Antwort geben. Wir nehmen diese Qualifikationen immer sehr ernst. Wir versuchen das immer wieder nach bestem Wissen und Gewissen zu machen und es liegt vermutlich in der Natur der Sache, dass in den höheren Lohnbändern eben auch Personen sind, die mehr an dem Erfolg der Gemeinde beitragen können. Andererseits muss ich aber dem Heim ein Kränzchen winden, indem viel differenzierter als in den Vorjahren qualifiziert wird. Früher hatten einfach alle durchs Band die gleiche Qualifikation und da hat das Heim sehr grosse Fortschritte gemacht und das sieht man jetzt auch. Wir haben Personen in A und auch in B und es sind nicht alle im C. Da sind wirklich grosse Fortschritte gemacht worden. Es ist aber nicht so, dass wir uns nicht verbessern könnten. Wir versuchen immer noch uns zu verbessern. Wir sind uns auch der Schwächen des Systems bewusst.

ER Walter Herrmann (FDP)

Geschäftsbericht 2014, Seite 40

Sprachkompetenz: Die Bemerkung im Geschäftsbericht zur Sprachkompetenz der Kindergärtner liess mich aufhorchen und bestätigt eine Beobachtung, die wir bei den Einbürgerungen regelmässig machen. Eine nicht kleine Zahl Secondos sucht ihren LebenspartnerIn in ihrem Ursprungsland und ziehen ihn/sie nach, wobei dadurch die Integration wiederum eine Stufe nach hinten rutscht. Dass die Verständigung in diesen Ehen wegen dem Sprachverständnis des jeweiligen Partners in der fremden Sprache stattfindet, ist verständlich. Befragt, in welcher Sprache man nun zu Hause spricht und wieso nicht in Deutsch, was dem zugezogenen Partner und den Kindern nützen würde, bekommen wir praktisch jedes Mal die Antwort, es sei ihnen empfohlen worden (wo auch immer), mit den Kindern die Sprache ihres Ursprungslandes zu sprechen, was deren Integration fördern würde. Ich weiss, ich bin kein Akademiker, ich habe diese Aussage nie begriffen. Aber ich denke das Resultat können wir in diesem Geschäftsbericht eins zu eins nachlesen. Wer räumt diese unselige Empfehlung diesen angesprochenen Erziehungspersonen aus?

Gemeinderat Ruedi Meier

Ich denke Dir für das unter die Arme greifen. Es ist natürlich nicht so, dass die Argumentation so ist, wenn diese Eltern ihre Kinder in der Muttersprache unterrichten, dass sie dann besser integriert sind sondern die Aussage ist und die ist wirklich so von gewissen Pädagogen, dass sie den Wortschatz zur Verbesserung brauchen. Das was du sagst, ist ein Problem und auch ein Problem für die Schule. Das nehmen wir auch so wahr aber es ist nicht die Schule, die das den Eltern sagt, weil die Schule hat das erste Mal mit den Eltern beim Kindergarteneintritt Kontakt und vorher haben sie gar keinen Kontakt zu ihnen. Das sind andere Personen, die früher mit ihnen Kontakt haben. Das können Ärzte sein oder sonstige Kontaktstellen, aber es ist nicht die Schule. Das ist nicht ein neues Problem, das haben wir schon länger. Ich glaube es hat sich einfach in den letzten Jahren akzentuiert, weil der Fremdsprachenanteil in den letzten Jahren immer gestiegen ist und wird heute natürlich entsprechend gravierend wahrgenommen als früher. Wir sind im Moment daran mit einer



Arbeitsgruppe über die Frage der Frühförderung zu prüfen. Da kommt bis Ende Jahr ein Bericht und Antrag und das wird ein Teil davon sein. Das ist eben der Vorschulbereich.

ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)

Eine Empfehlung an GR Ruedi Meier. Ich war letztes Jahr in Österreich und da hat mir unsere Reiseleiterin voller Stolz berichtet, dass die Kinder, die im Kinderschulalter eingeschult werden, der deutschen Sprache mächtig sein müssen. Wenn das nicht der Fall ist, werden sie zurückgeschickt und sie werden erst eingeschult, wenn sie einigermaßen Deutsch sprechen können. Die Eltern müssen sich mit EURO 10 an der Sprachschule beteiligen. Wenn das nicht bezahlt wird, dann wird das Kindergeld entsprechend gekürzt. Wäre eine Empfehlung, das auch bei uns einzuführen.

ER Renzo Loiudice (SP)

Geschäftsbericht 2014, Seite 64

Allgemeines zu den Finanzen und Steuern, 3. Absatz. Das steht geschrieben: „Der prozentuale Anteil der juristischen Personen am Gesamtergebnis beträgt 27.66 % und ist gegenüber den Rechnungen 2010 und 2011 über 5 % gestiegen.“

Die Jahre 2010 und 2011 waren absichtlich gewählt, denn diese liegen ein paar Jahre zurück. Mich nimmt es wunder warum man diese Zahlen 2010 und 2011 nimmt und nicht die letzten Zahlen. Ich gebe die Antwort eigentlich selber. Zwar sind die letzten Jahre besser gegenüber 2014. 2012, 2013 ist der Anteil bei den juristischen Personen bei 27.xx % und 2014 bei 23.53 %. Diese Zahl hat sich somit verschlechtert. Ich erwarte in einem Bericht, wenn es auch schlechter ist, dass das auch so erwähnt wird.

Gemeinderat Dino Tamagni

Die Antwort ist korrekt, aber die Annahme ist falsch. Es ist lediglich ein Fehler bei Copy paste. Wir haben vergessen den alten Text rauszunehmen. Sonst hätten wir das angepasst. Die Aussage ist richtig, aber die Annahme ist falsch.

ER Renzo Loiudice (SP)

Geschäftsbericht 2014, Seite 71

Hier habe ich eine Frage an den Finanzreferenten zu 9.4.1 Darlehen. Da sieht man relativ schön, wie diese Darlehen aufgelistet sind. Wir haben Darlehen mit sehr hohen Zinssätzen und solche mit tiefen Zinssätzen. Meine Frage zu diesen Darlehen: Kann man diese Darlehen ablösen mit Darlehen, welche einen tieferen Zins haben? Ist das möglich oder ist das vertraglich festgehalten, dass man diese Laufzeiten von z.B. 10 Jahren halten muss?

Gemeinderat Dino Tamagni

Die Absicht finde ich hervorragend und ich würde das auch gerne so machen, wenn das gehen würde resp. das ist wie bei den Hypotheken, wenn der Vertragspartner einverstanden ist, kann man diese vorzeitig auflösen nur das Ganze hat ein Problem. Der Vertragspartner würde sagen du bezahlst mir dafür einen Penalty und der wäre dann so hoch, dass es sich gar nicht lohnt ein neues Darlehen aufzunehmen. Man ist so oder so gezwungen die Laufzeit abzuwarten bis zum Ende und dann ein neues Darlehen aufzunehmen. Man kann ein bisschen variieren und gut vorausschaut und noch Geld hat und zukünftige Kredite schon etwas früher aufzunehmen. Man kann etwa spekulieren

und schauen, wie sich die Zinsen entwickeln und je nachdem mehr oder weniger aufnehmen und so die Gesamtzinsbelastung reduzieren. Wir bemühen uns, die Zinsen so tief wie möglich zu belassen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Jahresrechnung 2014, Seite 10, Konto 3070.02 Übergangsrente für vorzeitige Pensionierungen
Hier nehme ich an, wenn es lauten würde, hier ist der Gemeindeanteil von 59 % gebucht.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ja, das ist genau so!

ER Jakob Walter (parteilos)

Jahresrechnung 2014, Seite 12, Konto 0901 Rhyfallhalle

Es ist mir in den Sinn gekommen, dass die Zivilschutzanlage umgebaut wurde, so dass diese für Übernachtungen gebraucht werden könnte. Jetzt frage ich mich, wo finde ich dies in dieser Rechnung? Gibt es diese überhaupt noch?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Wenn es mit rechten Dingen her und zu gegangen ist, dann müsste dies im Konto 0901.4340.00 Benützungsgebühren enthalten sein. Die Anlage wird gebraucht. Nicht allzu häufig aber doch so, dass wir z.B. dieses Jahr die Duvets reinigen lassen müssen. Da gibt es doch ab und zu Vereine und Clubs, die diese günstige Übernachtungsmöglichkeit buchen.

ER Renzo Loiudice (SP)

Jahresrechnung 2014, Seite 34, Konto 4340.06 Abonnementsgebühren

Die Gemeinschaftsantenne ist die die Büchse, die jeder zu Hause hat. Kostet in der Nebenkostenabrechnung ungefähr Fr. 20.00 pro Monat, das ist einfach so! Jetzt ist es so, dass es viele Anbieter hat z.B. Swisscom TV aber auch andere, die z.B. TV über das Internet anbieten. Was heisst das, dass die Kunden, die das benutzen, die Büchse plombieren lassen und das heisst dann, dass für uns als Gemeinde Fr. 240.00 weniger Abogebühren reinkommen. Von der Rechnung 2013 zur Rechnung 2014 hat es in etwa eine Differenz von Fr. 3'000.00 was ungefähr 13 Haushalte betrifft. Das ist eine kleine Zahl aber auch eine kleine Tendenz. Meine Frage ist, sieht man das und ist das eine gewisse Gefahr, dass da die Abogebühren weiter sinken werden d.h. das unsere Einnahmen weiter sinken werden?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Wenn Sie noch bei der Swisscom Kunde sind, dann wissen Sie, wie aggressiv die Swisscom für ihr Fernsehnetz Reklame macht. Bei meiner Rechnung ist jedes Mal ein Hinweis dabei, ich solle doch bitte wechseln! Ich wurde auch schon des Öfteren angerufen, ob ich nicht einen Schritt in die Zukunft machen wolle und ähnliche Sprüche. Sunrise hat mich auch schon beehrt und Orange, als es noch Orange hiess, hat das auch gemacht. Sold hat mich bis jetzt noch nicht kontaktiert und ich bin kein Einzelfall. Es ist tatsächlich so. Vermutlich ist es das letzte Mal dass wir vorne eine 9 haben bei den Einnahmen. Wir rechnen damit. Vor allem bis im Frühling haben wir schmerzhaft Verluste erlitten. Sehr viele Leute sind weggegangen. Offenbar ist irgendein günstiges Angebot gekommen. Das ist



so. Ich hoffe auch, dass unser Anbieter einige Sachen etwas schneller angeht. Ich habe schon vor Jahren angemahnt, dass wir auch ein Handyangebot haben sollten, also nicht nur das Tripleangebot sondern ein Quadrupelangebot. Das fehlt leider. Die Replay-Funktion ist offenbar für viele Leute wichtig. Die kann man jetzt seit kurzem auch mit der Sasag machen. Von der technischen Qualität her sind wir sicherlich noch an der Spitze, das ist so aber wir merken ganz massiv die Konkurrenz. Wir sind diesem scharfen Wind ganz extrem ausgesetzt. Wir müssen es genau beobachten. Wie lange es noch Sinn macht, dass wir Betreiber dieser Gemeinschaftsantenne sind, weiss man nicht. Nicht dass wir plötzlich vom Markt überholt werden! Im Verhältnis aber zu anderen lokalen Anbietern stehen wir noch sehr gut da. Es gibt andere, die haben noch viel massivere Einschnitte durchstehen müssen. Ich denke, diesem Wettbewerb müssen wir uns stellen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Jahresrechnung 2014, Seite 42, Konto 49, Übriges Gesundheitswesen

Es interessiert mich, was hinter diesen Fr. 150.00 stecken. Dachte zuerst an ein Stand-By für die Laustante, aber die ist ja im Konto 4590. Was ist das genau?

Gemeinderat Christian Di Ronco

Das ist schon ein Stand-By. Es handelt sich um die Lagerung der Pandemie-Vorsorge im Altersheim Kirchhofplatz. Sie verrechnen uns das für Ware, die wir dort lagern und die Fr. 1'200.00 im Jahre 2013 kamen von den Elternbriefe, die abgegeben wurden.

ER Walter Herrmann (FDP)

Jahresrechnung 2014, Seite 43, Konto 3660.00 Krankenkassenprämien für Private

Was sind das für Leute, die auf Kosten der ehrlichen Steuerzahler ihre Prämien nicht bezahlen? Was hat das für Konsequenzen? Werden die Beiträge eingefordert und betrieben? Wie hoch ist die Rückzahlungsquote? Handelt es sich nur um die Prämien oder bezahlt die Gemeinde auch die Selbstbehalte und Franchisen?

Gemeinderätin Franziska Brenn

Das ist praktisch ein Nullsummenspiel und dann wieder die Rückerstattungen. Das geht in diesem Sinne eigentlich auf. Es ist auch so, dass neuerdings das Sozialversicherungsamt die Prämienverbilligungen übernimmt und das direkt an die Krankenkassen bezahlt. Also wir haben ab dem Jahr 2015 eigentlich gar nichts mehr damit zu tun. Das waren die Prämienverbilligungen, die dann auch wieder rückerstattet wurden.

ER Walter Herrmann (FDP)

Bekommen die Leute die Prämienverbilligungen zu Recht? Ich habe gehört, es gibt solche die bezahlen die Krankenkassenprämien gar nicht und dann muss es die Öffentlichkeit übernehmen.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Deshalb hat man jetzt das System umgestellt. Da System ist jetzt so, dass die Leute die Prämienverbilligungen nicht mehr erhalten und so das Geld nicht für die Prämien ausgeben, sondern dass die Prämienverbilligungen direkt zu den Krankenkassen fließen, wo sie auch hingehören.

ER Walter Herrmann (FDP)

Aber es gibt Leute, die bekommen keine Verbilligung und bezahlen trotzdem die Prämien nicht?

Gemeinderätin Franziska Brenn

Aber damit haben wir nichts zu tun!

Gemeinderat Dino Tamagni

Nochmals zum Mechanismus. Wenn sich jemand auf der Einwohnerkontrolle anmeldet, dann muss er belegen, dass er eine gültige Krankenkasse hat. Im Gesetzestext gibt es eine kleine Lücke. Wenn er sich innerhalb 60 Tage nicht anmeldet, dann wird die Einwohnerkontrolle resp. unser Sozialamt tätig und meldet diese dann zwangsweise an. Es wird ihnen dann normal eine Rechnung von der Krankenkasse gestellt und wenn sie kein Geld haben, dann landen sie auf der Sozialhilfe und dann geht es ins normale Zahlungsverfahren.

ER Jakob Walter (parteilos)

Jahresrechnung 2014, Seite 58, Konto 3140.01 Unterhalt der Haltestellen

Dieser Posten ist erheblich höher als budgetiert und viel höher als im Vorjahr. Im Kommentar ist dann erwähnt: Geringerer Bedarf! Gibt's hier eine Erklärung dazu?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Hier kann ich nur sagen. Stichwort: Copy Paste. Es hat vermutlich noch mehr Fehler in dieser Rechnung. Das ist zurzeit das Problem, dass wir keine Gemeindeschreiberin haben. Das sind unangenehme Nebenfolgen. Es gibt da gewisse Ungereimtheiten bzw. Schreibfehler, die im Bericht sind. Das wäre die Aufgabe der Gemeindeschreiberin, das nochmals nachzuprüfen, leider haben wir im Moment keine. Das ist aus bekannten Gründen nicht geschehen.

ER Peter Gloor (SP)

Jahresrechnung 2014, Seite 58, Konto 3140.01 Unterhalt der Haltestellen

Bei der Haltestelle Rhenania war mal ein Fahrradständer montiert und überdacht. Er wurde zugegebenermassen nicht viel gebraucht, aber jetzt ist er einfach nicht mehr dort. Kommt der wieder oder kommt er nicht mehr?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das war der Versuch des Baureferates, was passiert, wenn wir diesen wegnehmen? Gemäss der Beobachtung meiner Mitarbeiter war nie ein Velo dort. Zurzeit besteht keine Absicht, den Fahrradständer wieder zu installieren. Der ist jetzt an einem anderen Ort in Gebrauch! Ich werde es abklären und Ihnen mitteilen, wo der Ständer jetzt steht. Wir konnten damit Geld sparen. Irgendwo ist einer kaputt gegangen und dann haben wir diesen genommen.



ER Walter Herrmann (FDP)

Jahresrechnung 2014, Seite 50, Konto 5840 bis 5870, jeweils Konto 4520.00 Rückerstattungen von anderen Gemeinden

Anhand des Neuzuzüger-Zuflusses sollte eigentlich berechnet werden können, was uns in den nächsten ein, zwei Jahren erwartet, da die Zahlungen der Herkunftsorten ja nach 2 Jahren auslaufen. Was kommt da auf uns zu? Ist der Zustrom grösser als der Wegzug? Ist ein von anderen Gemeinden geförderter Sozialtourismus erkennbar? Wenn ja, gibt es Beispiele?

Gemeinderätin Franziska Brenn

Im Sozialhilfegesetz ist festgehalten, dass es absolut verboten ist. Die Gemeinden müssen melden, wenn eine Person umzieht. Man muss wissen, von welchen Gemeinden die Leute kommen. Es darf nicht abgeschoben werden! Es besteht natürlich eine Niederlassungsfreiheit. Das ist ein Grundrecht. Die Personen dürfen sich anmelden, aber es ist nicht zu erkennen, dass Abschiebungen stattfinden. Der grösste Verkehr und Austausch findet zwischen Neuhausen am Rheinfall und Schaffhausen statt. Es sind immer mal wieder mehr, die von Schaffhausen nach Neuhausen am Rheinfall pendeln und dann gibt es wieder eine Welle zurück. Das ist klar, die Leute suchen natürlich immer die besten Bedingungen. Ich denke wir sind, da recht ähnlich in der Handhabung. Ein Grund liegt sicher auch darin, dass wir immer noch Anziehungspunkt sind, dass wir immer noch Wohnungen auf dem Markt haben, die schweizweit sehr günstig sind und da sind wir um alle Investoren froh, die sanieren z.B. auch den Coop Block sanieren, Rhenaniastrasse 19 wird saniert. Das ist auch so ein Haus, wo sehr günstige Wohnungen angeboten werden. Was wir nicht mehr tun, wir bezahlen kaum mehr Mieten. Wir geben das Geld den Leuten und die sollen die Miete selber bezahlen. Wir unterstützen keine Vermieter mehr, die sich auch Kosten der Sozialhilfe ihre billigen Wohnungen anbieten.

ER Walter Herrmann (FDP)

Jahresrechnung 2014, Seite 54, Konto 3150.02 Unterhalt der Lichtsignalanlagen

Es handelt sich offenbar auch um Lichtsignalanlagen, über die der Kanton das Hoheitsrecht haben will. Warum bezahlen wir überhaupt etwas an den Unterhalt und Betrieb, wenn er diese nachgewiesenermassen gegen den Vorteil der Neuhauser Bevölkerung einstellt. Können wir die Zahlungen nicht einstellen, bis wir wieder die Schalt-Hoheit haben?

Gemeinderätin Franziska Brenn

Ich nehme an, das ist eher eine rhetorische Frage. Die Idee ist sicher nicht schlecht, aber wir müssen sonst schon immer schauen, dass die Beziehungen zum Kanton betreffend Lichtsignalanlagen nicht allzu stark belasten. Ob wir da wirklich damit weiterkommen, denke ich nicht!

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich habe eine Teilantwort auf die Frage von ER Peter Gloor. Ich weiss zwar noch nicht, wo es stationiert wurde, aber ich weiss zwischenzeitlich den Grund. Es wurde an einem Ort stationiert, wo wir schon eine Veloabstellanlage haben. Dort waren die Plexiglasgläser dieser Anlage kaputt. Dann hat man das genommen und konnte diese verwenden. Diese Anlage ist also wieder in Gebrauch. Ich werde es aber noch genau abklären und dir sagen.



ER Jakob Walter (parteilos)

Jahresrechnung 2014, Seite 62, Konto 7202 Entsorgung verwertbarer Siedlungsabfälle

Ich möchte an dieser Stelle deponieren, die Grundgebühr für verwertbare Siedlungsabfälle ist ja eigentlich keine Gebühr sondern eine Kopfsteuer und wir haben dann aus Gründen der Praktikabilität dem zugestimmt. Hingegen ist es von mir aus nicht der Sinn, dass man hier Gewinn erwirtschaftet. Ich sehe, dass es im Jahre 2013 einen kleinen Verlust gegeben hat, aber im Jahre 2014 gab es einen ordentlichen Gewinn. Ich werde ein Auge darauf haben in Zukunft, dass das nicht als Milchkuh für andere Gemeindeaufgaben benutzt wird.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich verstehe ER Jakob Walter, dass er da ein aufmerksames Auge darauf werfen will. Ich kann ihn aber insofern beruhigen, dass die Einnahmen für Altpapier, Karton etc. sind auf dem Weltmarkt stark eingebrochen. Wir haben da vermutlich eine 10 Jahres Spitze gesehen. Die Kosten hingegen werden eher hinaufgehen. Zudem habe ich immer noch den Verdacht, dass im Konto 4340.76 Grundgebühr eine Überschneidung ist. Im Jahre 2014 wurde für die juristischen Personen die Gebühr zwei Mal verbucht (2013 und 2014, siehe Kommentar). Das wird sich über die Jahre hinweg wieder ausgleichen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Jahresrechnung 2014, Seite 67, Konto 7940 Regionaler Naturpark

Neuhausen am Rheinfall ist dort nicht Mitglied, bezahlt aber einen Mitgliederbeitrag. Der Betrag stört mich nicht, aber einen Mitgliederbeitrag bezahlt man nur, wenn man Mitglied ist!

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Der Gemeinderat hat sich ja intensiv mit der Frage auseinandergesetzt einer Mitgliedschaft und hat sich dann bereit erklärt, im Sinne eines Passivmitgliedes einen Beitrag zu bezahlen. Diese Fr. 300.00 entsprechen einem Sympathie- oder Passivbeitrag.

ER Jakob Walter (parteilos)

Jahresrechnung 2014, Seite 71, Konto 83 Tourismus

Eigentlich hat Neuhausen am Rheinfall relativ zielgerichtet dafür geschaut, dass Touristen kein Geld für die Gemeinde bringen. Die Velofahrer werden beim Flurlingersteg auf die Zürcherseite geschickt. Das Bähnli fährt an den Neuhauser Läden und Restaurants vorbei an den Rheinfall. Ab Herbst können auch die ÖV Benutzer von der neuen Haltestelle direkt an den Rheinfall ohne auch nur ein Geschäft in Neuhausen am Rheinfall zu streifen oder anzuschauen. Kann der Gemeinderat hier plausibel machen, weshalb die Ausgaben so hoch sind und ob da irgendwelche Mehreinnahmen für die Gemeinde auszulösen wären?

Gemeinderätin Franziska Brenn

Das ist im kantonalen Tourismusgesetz festgehalten, dass wir das bezahlen. Ich denke, das Geld ist nicht zum Fenster hinausgeworfen. Das ist kein Geld, das mich reut. Es ist ein bisschen eine ideologische Frage. Man kann die Wertschöpfung nicht genau messen, wie viel bringen jetzt uns diese Fr. 50'000.00. Wir denken, es ist gut investiert. Ich möchte diese Aufgabe nicht übernehmen



und all diese Touristen als Gemeinde selber zu betreuen. In diesem Sinne, finde ich das eine gute Sache.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich habe jetzt ein Glaubensbekenntnis gehört, aber das war nicht die Antwort auf meine Frage.

Gemeinderätin Franziska Brenn

Es ist das Gesetz und nicht nur der Glaube!

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Jahresrechnung 2014, Seite 110, Konto 29, Gemeindeentwicklungsfonds

Der Geschäftsprüfungskommission-Präsident hat es ja bereits erwähnt. Es gibt eine kleine Korrektur. Um dies vorweg zu nehmen, diese ist bereits erfolgt. Es wäre im Sinne des Gemeinderates gewesen, dass der Geschäftsprüfungskommission-Präsident eine Kopie des Beschlusses erhält. Es ging dabei um Anschaffungen bzw. Neueinrichtungen zu Handen der Bibliothek. Dort wurde die Korrektur bereits vorgenommen. Wir wissen, dass sie vom Beschluss noch keine Kopie erhalten haben. Entscheidend wird ohnehin dann die Rechnung sein.

Anträge:

1. Der Geschäftsbericht, die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Rechnungen der Spezialfinanzierungen und Fonds für das Jahr 2014 samt den darin enthaltenen Abschreibungen werden genehmigt.
Der Ertragsüberschuss aus der Laufenden Rechnung von Fr. 112'317.39 wird dem Kapitalausgleichskonto gutgeschrieben.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen einstimmig (bei einer Absenz) angenommen.

2. Die ausserordentlichen Abschreibungen von Fr. 554'100.00 und die Zurückweisung in den Gemeindeentwicklungsfonds von Fr. 20'799.00 und in den Ruhegehaltfonds (Rückstellung) von Fr. 50'000.00 gemäss dem Zuweisungsvorschlag des Gemeinderates werden gutgeheissen.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen einstimmig (bei einer Absenz) angenommen.

Ziff. 1 dieses Beschlusses untersteht gemäss Art. 14 lit. c der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Sanierungsprojekt KBA Hard (Planungskredit und Orientierungsvorlage an die Verbandsgemeinden) Kommissionsbericht

Eintreten auf diese Vorlage war am 5. März 2015 mit 17 : 0 Stimmen unbestritten und einstimmig. Der Rat beschloss dann mit 13 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung die Bildung einer 5-er Kommission. Diese Kommission setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Thomas Theiler (CVP), Präsidium
Markus Anderegg (FDP)
Arnold Isliker (SVP)
Peter Gloor (SP)
Urs Hinnen (ÖBS)

Die Kommission hat einstimmig (bei einer Abwesenheit) beschlossen, beiden Anträgen der Vorlage Sanierungsprojekt KBA Hard des Gemeinderates zuzustimmen und empfiehlt dem Einwohnerrat dies ebenfalls.

Erläuterungen/Bemerkungen/Ergänzungen:

ER Thomas Theiler (CVP)

Wir können es sehr kurz machen. Weil wir noch die letzte Verbandsgemeinde sind, die ihren Verbandskredit noch nicht gesprochen hat und die anderen drei Gemeinden, Schaffhausen, Flurlingen und Feuerthalen, den schon gesprochen haben, bekommen wir einfach noch einen Einzahlungsschein. Sie haben meinen Kommissionsbericht erhalten. Wir haben zusammen mit der Stadt Schaffhausen, das war eine wirklich sehr gute Zusammenarbeit, die beiden Sitzungen durchgeführt. Es wurde ausführlich diskutiert und die Planung wurde uns vorgestellt mit dem Resultat, dass wir dann doch noch eine funktionierende KBA Hard bekommen. Es wurden die drei Punkte geprüft: KBA Hard Stilllegung, Beschränkung auf den Schwarzabfall und die Sanierung. Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass wir die Sanierung bevorzugen und hat dem dann auch mit 4 : 0 bei einer Abwesenheit zugestimmt.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Besten Dank für die Ausführungen des Kommissionspräsidenten. In zwei Sitzungen hat die Kommission dieses Geschäft geprüft. Es war ja auch die Absicht des Gemeinderates, dass sie die weiteren Papiere zur Kenntnis nehmen können. Nämlich die Zusammenstellung, die Stadtrat Raphael Rohner gemacht hat und auch die rechtlichen Ausführungen dazu. Zurzeit sind wir sehr froh, dass wir Ihnen einen Projektierungskredit beantragt haben und nicht ein Kredit für ein konkretes Projekt. Wir sind nach wie vor in einer Situation, in der wir nicht sicher sind, ob wir den Biogasteil tatsächlich zum Laufen bringen. Aktuell produziert die Anlage. Der eine Motor ist jetzt bereits bei einer Leistung von 70 %. Die Bakterien zeigen Wirkung. Es zeigen sich aber im Detail immer wieder Schwierigkeiten, an die man nicht gedacht hat und die vielleicht auch aufgrund der Grundkonzeption sich ergeben. Ein Beispiel: Solche Flüssiggasanlagen sollten eigentlich breite, flache Silos haben. Wenn Sie nach Beringen fahren, dann sehen Sie, wir haben schmale und hohe Silos. Das hat niemand auf der Welt. Jetzt muss man zuerst mal schauen, ob man das auch zum Laufen bringt mit hohen und schmalen Silos. Ich muss Ihnen auch ganz offen gestehen, ich weiss in der Zwischenzeit



mehr von solchen Anlagen, als ich je wissen wollte. Wenn wir aber früher nur einen Teil unserer Zeit investiert hätten und so genau hingeschaut und uns interessiert hätten, dann würden wir jetzt nicht in dieser äusserst peniblen Situation stecken und ich kann auch nicht ganz ausschliessen, dass nochmals ein gewisser Abschreiber notwendig sein wird, damit diese Anlage wirklich funktioniert. Zurzeit werden vor allem Speisereste eingeführt in diese Anlage. Nicht mehr von Mannheim mehr sondern zum grössten Teil vom Kanton Aargau aber das Ziel wäre ja gewesen, dass wir unsere Grünabfälle hineintun können. Da müssen wir erst schauen, ob die Bakterien damit auch umgehen können. Ob sich das verträgt. Wir haben auch weitere Sachen gesehen z.B. die Frage, wohin geht dann dieser Saft, diese Jauche, die nach diesem Prozess nicht mehr riecht, interessanterweise. Das wäre an sich ein sehr guter Düngeträger. Das Ausbringen wäre sehr wohl möglich. Unseren Getreideintensiven Bauernbetrieben. Die Frage ist aber, was machen wir mit dieser unappetitlichen Sauce in den Wintermonaten? Da darf man ja bekannterweise nichts ausbringen. Sie sehen, es gibt noch diverse Punkte, die man genauer anschauen muss. Der Projektierungskredit gibt uns nun die Möglichkeit, das alles nochmals sauber anzugehen. Was hingegen nach wie vor reibungslos funktioniert ist der Schwarzkehricht. Auch dort stehen wir in einem heftigen Wettbewerb mit Privaten. Wenn Sie sich die Rechnung nochmals vergegenwärtigen können wir nicht böse sein, wenn jemand nicht bei uns entsorgt, denn der Schwarzabfall ist ja subventioniert. Es besteht kein voller Deckungsgrad. Dennoch ist dann natürlich die Frage, wie geht es mit dieser Anlage weiter, wenn die Annahmezahlen sukzessive sinken. Auch hier sind wir gefordert uns Gedanken zu machen, wie das weitergehen könnte. Ich bin sehr froh, dass auch die Gemeinde mit Dino Tamagni und Renato Sartori in dieser Verwaltungskommission dabei sind. Es ist wichtig, dass hier alle mitdenken, in einer Situation, die uns wirklich sehr schwer auf dem Magen liegt. Die Probleme sind noch nicht gelöst. Ich kann keine Entwarnung geben, aber ich denke, wir wissen im Groben, wie es weitergehen könnte. Wir müssen jetzt überprüfen, ob das technisch tatsächlich verhält und dazu brauchen wir auch diesen Projektierungskredit. Ich möchte es nicht zu unterlassen ER Thomas Theiler für das Präsidium zu danken und den Mitgliedern der Kommission, die da an zwei Sitzungen dabei waren und gute Fragen gestellt haben. Besten Dank.

Detailberatung:

ER Peter Gloor (SP)

Die SP-Fraktion wird diesen Kredit bewilligen. Sie wird aber auch heute Abend eine Interpellation zu diesem Projekt einreichen. Zur Frage, ob das wirklich partnerschaftlich ist, wenn ein grosser Partner ja sagt, dann müssen die anderen kuscheln? Wir sind fast der Meinung, so geht es nicht weiter. Wir sind eigentlich nur Zahler, vielleicht sind wir dann nur noch Mitglied. Diesem Kredit werden wir noch zustimmen.

ER Markus Anderegg (FDP)

Auch die FDP-Fraktion wird der Sachen in diesem Geschäft zustimmen. Es scheint uns sehr sinnvoll, dass jetzt in diesem Moment diese weiteren Abklärungen erfolgen. Quasi nicht gleich die Flinte ins Korn werfen. Man hat auch gewisse Fortschritte gemacht. Es sind aber immer noch Probleme im Raum. Es macht aber Sinn, dass auf diesen Anlageteilen diese Untersuchungen gemacht werden. Es wird dann eine schwierige Entscheidung geben, wenn die Resultate da sind. Wir hoffen alle, dass die Resultate dann eindeutig sind und vor allem auch die Fachleute zu guten Aussagen und zu überzeugenden Aussagen kommen. Was wir heute Abend entscheiden, ist nicht, dass wir gutes Geld schlechtem Geld nachwerfen sondern dass vermehrt noch diese Abklärungen getroffen werden. Es geht dann aber um die Wurst, wenn diese Resultate vorliegen. Das ist dann der



schwierigere Teil um zu entscheiden. So mit diesem Kredit sind wir einverstanden und stimmen diesem zu.

ER Patrick Waibel (SVP)

Die Fraktion der SVP hat den Kommissionsbericht diskutiert. Die Meinungen sind sehr gespalten. Abschreiben, Sanieren oder Tore schliessen. Im Moment ist es aus unserer Sicht die beste Lösung einen Sanierungsplan zu erstellen und dann das ganze Projekt anzuschauen. Ob es sich je rechnen wird, das wird sich später zeigen. Den Kopf in den Sand stecken wollen wir aber nicht. Deshalb ist die Mehrheit der SVP-Fraktion für die Vorlage.

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Wir von der ÖBS sind sehr dafür, dass man die Nutzung für erneuerbare Energie vorantreibt. Es ist ganz wichtig, dass wir dran bleiben und da müssen wir jetzt ganz einfach durch. Wenn man die Experten hört, die Technikspezialisten, dann haben wir das Gefühl, da ist etwas machbar. Es sind gute Voraussetzungen vorhanden. Die Gäranlage müsste eigentlich zum Laufen kommen, wenn man das so hört. Vielleicht ist das auch etwas Zweckoptimismus. Es ist sicherlich sinnvoll, dass wir dran bleiben. Wir haben immer gesagt, wir müssen das die Techniker machen lassen. Es ist eigentlich ein technisches Problem und da muss man dran bleiben.

ER Thomas Theiler (CVP)

Die CVP-Fraktion wird dem Antrag auch zustimmen. Wir finden es vor allem wichtig, dass man nicht gleich die Flinte ins Korn wirft sondern für relativ „wenig“ Geld geprüft wird, ob das technisch machbar ist.

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieses Geschäftes. Eingetreten sind Sie übrigens letztes Mal schon. Heute geht es ja nur noch um die Detailberatung und ich kann die SVP insofern etwas versuchen zu beruhigen. Vor Abschreibungen haben wir schwarze Zahlen. Das ist schon mal ein Fortschritt gegenüber der Situation von vorher. Da hatten wir noch rote Zahlen. Was uns aber wirklich finanziell belastet ist der Rucksack der Abschreibungen. Man muss sich klar sein, bis in 12 bis 15 Jahren müssen wir diese Anlage schon wieder sanieren! Dann hat sie das Alter schon wieder. Da muss man sich keinen Illusionen hingeben. Bei der ÖBS natürlich ist es sicher sinnvoll, wenn wir uns anstrengen, diese Anlage zum Laufen zu bringen, aber wir sind natürlich kein Forschungsbetrieb, vor allem wir können nicht einfach immer wieder gutes Geld hineinstecken, wenn es nicht funktioniert. Schlimmstenfalls müsste man denn eher sagen, ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Jetzt geht es auch nicht mehr darum, dass wir verschiedene Varianten anschauen sondern dass wir ganz konkret diese Varianten, die noch vorliegen zu prüfen, was ist wirklich die Beste. Man muss sich auch klar sein, der Kanton gibt den Gemeinden den Auftrag, dass sie die Kehrachtsammlung organisieren müssen. Wir können uns nicht einfach zurücklehnen und sagen, wir machen da jetzt gar nichts mehr. Wir sind gezwungen da mitzumachen. Ich muss der SP auch bereits jetzt sagen, ohne dass ich jetzt die Relation kenne, wir haben eigentlich nicht das Gefühl, dass wir nur Zahler sind. Dieses Gefühl hatten wir schon in anderen Bereichen aber hier haben wir das eigentlich nicht! Wir werden sehr ernst genommen und unsere Hinweise werden auch aufgenommen. Wir können uns sehr gut einbringen. Ich denke es ist ja lediglich die Sicherheit, dass die Stadt nicht überstimmt wird. Sie hat einfach 17 % und ich denke das ist fair. Sie ist nun einmal der grosse Partner und das dürfen wir glaube ich auch akzeptieren. Es ist auch darauf hinzuweisen,



dass die Stadt in den letzten Jahren sehr viele Ressourcen bereitgestellt hat und nur teilweise abgegolten wurden. Auch jetzt aktuell arbeiten der Rechtsdienst, die Zentralverwaltung und die Umweltextperten der Stadt Schaffhausen sehr intensiv an diesem Projekt. Ich denke wir haben mit der Stadt Schaffhausen einen hervorragenden Partner und sind froh, dass wir das nicht alleine stellen müssen. Besten Dank.

Anträge:

1. Die Orientierungs- und Planungskreditvorlage des Kläranlageverbands vom 14. Januar 2015 betreffend die Sanierung der KBA Hard in Beringen wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Für die Ausarbeitung einer Sanierungsvorlage werden zu Lasten der Laufenden Rechnung der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall (Konto Nr. 7201.3180.00) Fr. 51'250.00 bewilligt.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend Teilrevision der Verordnung über die Abwassergebühr

Erläuterungen/Bemerkungen/Ergänzungen:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Der Bund sprich der National- und der Ständerat haben ohne dass das wohl die meisten von uns bemerkt haben, das Gewässerschutzgesetz geändert. Zwar sehen sie vor, dass während 30 Jahren bis 2045 pro angeschlossenen Einwohner an Abwasserreinigungsanlagen Fr. 9.00 zu erheben sind. Während dieser Zeit, also der nächsten 30 Jahre, sollen 100 Abwassereinigungsanlagen so angepasst werden, dass sie eine dritte oder gar eine vierte Stufe erhalten. Die Voraussetzung, dass sie diese Sanierung machen müssen, ist dass sie einen erheblichen Teil an das Gewässer leisten. Das was sie einleiten muss einen erheblichen Teil des Gewässers darstellen oder sie leiten direkt in einen See ein. Wir mit dem Rhein müssen nicht sanieren. Wir dürfen nur zahlen. 30 Jahre lang Fr. 9.00 pro Einwohner die angeschlossenen sind an die Kläranlage Röti. Das sind doch erhebliche Beträge, die da nach Bern fließen, die dann hoffentlich für etwas Sinnvolles eingesetzt werden. Ich sage das deshalb, weil in den Eindruck habe, unsere Gewässer werden immer sauberer. Ich hoffe die Fische haben am Schluss doch noch etwas zu fressen, nicht dass wir diese dann noch füttern müssen. Wir könnten theoretisch diesen Betrag auch über die Steuern bezahlen. Der Gemeinderat schlägt Ihnen aber vor eine Erhöhung von 11 Rappen vorzunehmen und Sie sehen die Teilrevision der Verordnung auf der letzten Seite. Das ist vom Text her eine bescheidene Teilrevision. Es belastet aber selbstverständlich unsere Bewohnerinnen und Bewohner erneut. Der Vorteil ist immer hin, dass der grosse Teil 2016 sonst keine zusätzliche Erhöhung hat. Sie sehen ja Artikel 2 Abs. 2 Liegenschaften die nicht oder nur teilweise an die Wasserversorgung der Gemeinde angeschlossen sind, die haben 2016 noch eine zusätzlich Erhöhung von 16 Rappen. Das sind also jene, die z.B. direkt Wasser aus dem Rhein herauspumpen. Das sind z.B. die SIG. Die hat eine eigene Wasserversorgung für die Kühlung ihrer Maschinen. In der Zwischenzeit ist das aber nur noch ein Schatten früherer Jahre. Das ist wirklich kaum noch der Rede wert, was da gebraucht wird. Wir Normalsterbliche unterliegen dem Abs. 1 von Artikel 2. Ich gehe davon aus, dass alle Ihre Liegenschaften an der Wasserversorgung der Gemeinde angeschlossen sind. Allein bei ER Christian Schwyn wäre ich jetzt nicht ganz sicher gewesen aber alle anderen Liegenschaften, wenn ich so in die Runde schaue, sind angeschlossen. Deshalb hat haben Sie nur die Erhöhung von 11 Rappen zu vergegenwärtigen, total 133 Rappen und dann kommt noch der Zuschlag für die Sanierung der Röti. Bis 2019 müssen wir die Röti abbezahlen. Wenn Sie Zeit haben, dann schauen Sie nochmals in die Rechnung hinein. Zwar im Geschäftsbericht auf der Seite 70 sehen Sie, dass wir noch Fr. 1.35 Mio. abschreiben müssen. Das geht in den nächsten 5 Jahren genau mit den Fr. 270'000.00 und dann sind wir auf null. Dann fällt dieser Zuschlag weg, sofern dann nicht die Röti ohnehin einem neuen Sanierungszyklus unterliegt. Wie gesagt, die Erhöhung ist eine Folge des Bundesrechts. Es hat, sowie ich das überblickt habe, in den Medien darüber keine Diskussion gegeben. Das ist irgendwie an uns vorbei und wurde in Bern beschlossen. Wir an der Basis dürfen das nun umsetzen. Die Vorprüfung der Teilrevision ist beim Regierungsrat passiert. Er hat gewünscht den Artikel 2 Abs. 5 einzufügen: „Der Gemeinderat hat die Abwasserabgabe gemäss Bundesrecht bei einer Unter- oder Überdeckung anzupassen.“ Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass wir das mit Augenmass vornehmen werden. Wir können nicht jedes Jahr hinauf oder hinuntergehen. Der Preisüberwacher andererseits hat gesagt, er verzichte auf eine Überprüfung sofern nur diese Umsetzung dieser 9 Franken gemacht wird. Das trifft bei uns zu. Er hat keine Lust gehabt bei 2'700 Gemeinden die Abwassertarife zu kontrollieren. Namens des Gemeinderates beantrage ich Ihnen auf die Vorlage einzutreten und dieser zuzustimmen. Besten Dank.

*Eintretensdebatte:*ER August Hafner (SP)

Ich wäre froh gewesen, wenn wir die heutigen zusätzlichen Informationen, die wir vorhin vom Gemeindepräsidenten erhalten haben, in der Vorlage hätten lesen können, dann wäre die Diskussion in unserer Fraktion ziemlich kurz ausgefallen. So ist sie länger geworden, weil wir davon ausgegangen sind, die ARA Röti müsse nachgerüstet werden. Das ist aber, wie wir gehört haben, nicht der Fall und wir haben auch nicht gewusst, wie lange man zahlen muss, wenn man nicht umrüstet. Das haben wir jetzt auch erst heute gehört. Es sind 30 Jahre. Die SP-Fraktion hat nichts einzuwenden gegen die Erhöhung der geltenden Abwassergebühren um 11 Rappen pro Kubikmeter Frischwasser damit diese Abwasserabgabe von Fr. 9.00 zu finanzieren ist, zumal ja diese Gebühr, wie wir gehört haben, zeitlich befristet ist. Persönlich erachte ich die vom Gemeinderat beantragte Revision der Abwassergebührenverordnung als gesetzestechnisches Unding. Es würde vollauf genügen und dem temporären Charakter dieser eidgenössischen Abwasserabgabe Rechnung tragen, wenn der Einwohnerrat für die zusätzlichen 11 Rappen pro Kubikmeter Frischwasser einen referendumsfähigen Zusatzbeschluss zur Abwassergebührenverordnung beschliessen würde. Wenn man so vorgehe, könnte dieser Beschluss ganz einfach so abgefasst werden, dass er automatisch ausser Kraft tritt, wenn die Abwasserabgabe dahinfällt. Wenn man es aber so macht, wie es uns der Gemeinderat beantragt, dann müssen wir die Abwassergebührenverordnung bei einem Dahinfallen der Abwasserabgabe wiederum revidieren. Das ist eigentlich ein unnötiger Leerlauf. Gut - heute können wir sagen, das ist dann nicht mehr unser Problem, das können die dann in 30 Jahren machen, aber ich finde trotzdem, man sollte es so einfach wie möglich machen und das könnte man mit diesem erwähnten Zusatzbeschluss. Trotz diesem Einwand werde ich zusammen mit meiner Fraktion auf die Vorlage eintreten.

ER Sara Jucker (SVP)

Die Fraktion der SVP hat den Bericht und Antrag eingehend besprochen. Die Verrechnung nach dem Verursacherprinzip erachten wir als sinnvoll, so dass diese auf das Abwasser überwältzt werden kann. Der genaue Betrag der Gebühren kann natürlich nur angenommen werden, da sich der Wasserverbrauch jährlich ändern kann. Wir unterstützen den Antrag, dass der Tarif vorderhand aufgrund der angenommenen Menge festgelegt wird. Wichtig erscheint uns, dass der Tarif regelmässig überprüft wird, so dass er je nach dem neu festgesetzt werden kann.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ja, was soll man sagen. Der Bund erhebt gemäss Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer eine Kopfsteuer. Wie es der Gemeindepräsident bereits erwähnt hat, wir müssen besser aufpassen, wenn die in Bern so etwas beschliessen und wir dann einfach vor diese Tatsache gestellt werden. Wir können ja nicht dagegen sein. Es gibt keine Mittel dagegen. Wir können sie ablehnen und müssen sie wahrscheinlich trotzdem einführen. Vielleicht auf die Art und Weise wie es August Hafner vorgeschlagen hat, aber wir kommen nicht drum herum. Deshalb ist auch die Fraktion der FDP etwas zähneknirschend für Eintreten auf dieses Geschäft.



ER Dario Di Ronco (CVP)

Die CVP-Fraktion hat den Bericht und Antrag betreffend die Teilrevision der Verordnung über die Abwassergebühr intensiv beraten und rege diskutiert. Wieder einmal ein Gesetz, das uns Bern beschert und wir nun auslöffeln dürfen. Wir die CVP ist für Eintreten und beißen in den sauren Apfel.

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Ich muss schon sagen, es ist offensichtlich nicht erfasst worden, worum es hier geht. Diese Mikrofundreinigung, das tönt so dahin gesprochen. Das ist eine tickende Zeitbombe. Es geht hier insbesondere um die hormonaktiven Substanzen. Diese gelangen in kleine Nano- und Mikrogrammen ins Wasser. Z.B. Hormone in Form von Medikamenten, die man einnimmt. Das sind Hormone, die die Natur beeinflussen könne in diversen Prozessen. Man hat z.B. festgestellt, dass die Geschlechtsorgane der Felchen im Bielersee verändert sind. Es ist auffällig, dass sich der Fischbestand in den letzten Jahren stark reduziert hat. Es gibt Hinweise, dass auch der Mensch betroffen sein könnte z.B. wird festgestellt, dass die Samenqualität des Schweizer Mannes sehr stark gesunken. Da weiss man noch nicht ganz sicher, ob ein Zusammenhang besteht, aber es gibt deutlich Indizien, dass da gehandelt werden muss. Es geht hier um Stoffe, auch wie Weichmacher, Pflanzenschutzmittel, UV Filter etc. Das sind alles Dinge, die erfasst werden müssen. Diese Stoffe können auf das menschliche und tierische Organ einwirken. Es könnte sein, dass wir hier ein wirklich massives Problem haben und das muss dringend angegangen werden. Ich finde das muss man einsehen und der Bund handelt da richtig. Es gab ein Nationalfondsprojekt NFP 50, das hat sich genau diesen Hormonsubstanzen gewidmet. Wir haben da einen grossen Handlungsbedarf. Die ÖBS wird hier ganz sicher zustimmen.

ER Daniel Borer (SP)

Ich möchte da schon noch etwas dazu sagen. Wir sprechen jetzt von diesen Fr. 9.00 pro Einwohner, die wir bezahlen. Das sind Fr. 90'000.00 pro Jahr, die an den Gemeindebürger überwält werden. Das ist grundsätzlich vernünftig, wenn er die auch bezahlt. Jetzt ist es aber so, dass diese Fr. 9.00 vom Bund nicht einfach nur erhoben werden um die Steuern einzutreiben. Das ist eine Lenkungsabgabe. Wir haben das erkannt und ich habe dann schon noch die Frage an den Gemeinderat, ob man sich mal Gedanken gemacht hat, ob man hier nicht um genau diese Partikel, die ER Urs Hinnen richtig erwähnt hat und wir sprechen hier von einer massiven Verschmutzung der Gewässer, die wir nicht sehen. Wir messen die nicht! Wir wissen nicht, wie viel hormonaktive Substanzen Sie in im Trinkwasser haben oder im Duschwasser. Das Wasser auch, mit dem Sie Ihren Garten tränken. Das müssen Sie sich einfach bewusst sein. Es wäre eine Gelegenheit für die Gemeinde sich zu überlegen, ob man nicht auf diesen Zug aufspringen würde und diese Verbundkläranlage Röti vorzeitig sanieren wollte und lieber dieses Geld dann sparen würde, wenn man nämlich diese 3. Stufe einbauen täte, nehme ich mal an, dass man diese Lenkungsabgabe nicht bezahlen müsste und dann zusätzlich dem Rhein auch noch nützen würde. Ich möchte einfach jetzt zu bedenken geben, dass man diese Frage klären sollte bevor man einfach sagt, das ist ja nicht viel Geld und wir überwält das an den Mitbürger. Eine Steuer mehr! Ich sehe kein Grund Geld an den Bund zu senden, wenn wir gleichzeitig dem Rhein noch nützen könnten.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich denke Ihnen für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Es liegt mir selbstverständlich fern die hormonelle Belastung unserer Gewässer irgendwie in den Zweifel zu ziehen oder sogar ins



Lächerliche zu ziehen, überhaupt nicht. Man muss sich klar sein, wenn man Fr. 2.7 Mrd. über 30 Jahre sammelt, und das sind rd. 10 Mio. Leute in der Schweiz, dann sprechen wir richtig von Geld. Dann muss die Frage natürlich auch erlaubt sein, soll man Fr. 2.7 Mrd. investieren, wenn die Frage der Fertilität des Mannes nur vermutet wird, dass diese eingeschränkt ist. Vielleicht gibt es auch andere Gründe. Ich zitiere jetzt Dr. Urs Hinnen, er ist ebenfalls Mediziner. Ich habe mich jetzt dort angeschlossen, vielleicht ist es auch gesichert, ich weiss es nicht! Ich habe den Eindruck, dass die Fertilität in der Schweiz immer noch relativ hoch ist. Die Frage können wir die Röti sanieren und uns dann das Geld sparen? Das haben wir nicht näher geprüft, weil es rein an den Voraussetzungen fehlt und wir den Platz nicht haben für die 3. Stufe. Wo sollten wir damit hin? In der Röti ist es voll. Das müssen die grossen Kläranlagen machen und die Röti gehört da nicht dazu. Obwohl für uns es natürlich eine Grosse, ist wenn ich mit Hallau vergleiche, aber gesamtschweizerisch ist es eine kleine Anlage. Da macht es wirklich keinen Sinn. Es ist richtig, was die SVP gesagt hat. Der Wasserverbrauch verändert sich und da müssen wir schauen, wie das weitergeht und deshalb auch die Bestimmung, dass wir das anpassen. Das werden wir sicher auch regelmässig machen. Ich habe ein gewisses Verständnis für die Ausführungen von ER August Hafner. Leider ist meine Erfahrung die, dass temporäre Gebühren und temporäre Steuern eine Tendenz haben sich zu verlängern. Bestes Beispiel ist immer noch die Wehrsteuer. Heute bezahlen wir alle glücklich und zufrieden die Direkte Bundessteuer. Es wurde immer von Bern aus gesagt, diese Steuer ist nur temporär und ich kann mir vorstellen 2045 wird die Analytik so gut sein, dass man etwas Neues findet im Trinkwasser und dass man das auch noch herausnehmen sollte und es somit weiter kostet. Was mich natürlich sehr stört ist, dass alle durchs Band Fr. 9.00 bezahlen müssen. Das finde ich doch seltsam, dass in den Gebieten, wo eine grosse hormonelle Belastung stattfindet nicht mehr bezahlt werden muss. Es ist deshalb keine Lenkungsabgabe, denn ich kann diese Fr. 9.00 gar nicht beeinflussen. Da hat ER August Hafner schon recht. Es geht eher Richtung Steuer. Es geht in diese Richtung und wir werden sehen, was da passiert. Es ist sicher nicht dumm, was da gemacht wird. Wenn man hier den Lebewesen helfen kann, dann ist das auch richtig, aber wie gesagt, eine Lenkungsabgabe ist es nicht, man kann sie nämlich nicht beeinflussen und von dort her müssen wir es einfach akzeptieren.

ER Daniel Borer (SP)

Selbstverständlich ist es eine Lenkungsabgabe. Es ist nicht eine Lenkungsabgabe pro Kopf sondern pro Gemeinde, denn je grösser eine Gemeinde ist, desto mehr bezahlt sie, denn als Gemeinde produzieren sie Abwasser. Der Einzelne hat keinen Einfluss aber sie als Gemeindepräsident sehr wohl und genau deshalb ist es eine Lenkungsabgabe und das ist ganz klar so zu verstehen und deshalb hat es der Bund auch so ausgeführt. Die Lenkungsabgabe ist Ihre Lenkungsabgabe weil Sie es versäumen diese Stufe nachzurüsten, die nötig wäre. Es gibt nur Lenkungsabgaben auf Stoffe, die problematisch sind und nicht auf Stoffe, die die Fische ernähren. Es geht nicht um die Stoffe, die Fischer ernähren sondern Ihre Reproduktionsfähigkeit einschränken. Erwiesenermassen die der Menschen und die der Fische. Selbstverständlich sind wir fruchtbar und auch die SVP stimmt mir zu, wenn es schön ist, dass es auch in der Zukunft den einen oder anderen Schweizer gibt.

ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)

Die Diskussion hat sich erschöpft und Eintreten ist unbestritten obwohl mit einigen Misstönen.

Detailberatung:

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich habe noch eine Bemerkung um das Interesse des Gemeindepräsidenten zu stillen. Artikel 2 Abs. 1 betrifft die Kantonale Fischanstalt nicht!

Antrag:

Die Teilrevision der Verordnung über die Abwassergebühr wird zugestimmt

Der Antrag wird mit 16 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 14 lit. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Interpellation Thomas Theiler (CVP): Quartierplan „Posthof Süd“

Begründung:

ER Thomas Theiler (CVP)

„Posthof Süd“. Eine weitere Zangengeburt in Neuhausen am Rheinfall. In der Zeitung vom 12. Mai konnte man darüber lesen, dass Herr Rigutto quasi die Neuhauser Gemeinde berät, wie sie sich entwickeln soll. Im Zeitungsbericht wird dem Leser auch suggeriert, dass er eine unvoreingenommene Person sei. Unter anderem wird auch geschrieben, dass Herr Rigutto analysiert und Empfehlungen abgibt, dass er als Fachmann sagt, was richtplankonform ist und dass er die Planung des „Posthof Süd“ eng begleitet. Im Zeitalter des Internets ist es ja kein Problem mehr, bei Leute nachzuschauen, wer was wo macht. Entsprechend habe ich dann auch meine Fragen gestellt an den Gemeindepräsidenten und Baureferenten und erwarte gerne die Antworten.

Beantwortung:

Gemeinderat Dino Tamagni

Gerne beantworte ich Ihnen aus Sicht des Gemeinderates die Fragen des Interpellanten ER Thomas Theiler, welche im Zusammenhang mit dem Quartierplan „Posthof Süd“ stehen.

Da nach einem Bundesgerichtsentscheid anfangs Jahres, es Behördenmitglieder, welche an einem Verfahren wie Quartierplanung oder Studienwettbewerb teilnehmen, nicht erlaubt ist, gleichzeitig am Entscheid mitzuwirken, ist Gemeindepräsident Stephan Rawyler für diese Geschäft resp. für alle bisherigen im Zusammenhang stehenden Entscheide, im Ausstand.

Bevor ich auf die konkreten Fragen eingehe, erlauben sie mir noch einen kurzen Rückblick ins Jahr 2007. In diesem Jahr hat die LBM Partner AG vormals Lenz Baumanagement GmbH das Projekt Posthof Nord eingereicht. Zwecks Überprüfung der Baueingabe, hat der Gemeinderat, dem damals weder dem Gemeinderat noch dem Projektverfasser bekannten dipl. Architekten FH SIA Guido Rigutto beauftragt, eine städtebauliche Beurteilung über besagtes Teilgebiet VII des Richtplanes abzugeben. Diese wurde dem Gemeinderat am 16. April 2007 dargelegt. Diese Beurteilung umfasste drei mögliche Verfahren. Empfohlen wurde dabei die Variante, welche eine bauliche Weiterführung in Südrichtung berücksichtigte. Die Wiederaufnahme der städtebaulichen Beurteilung Ende 2012 durch Architekt Guido Rigutto, auf dem Gebiet des „Posthof Süd“, ist deshalb als konsequente Weiterführung der Empfehlung aus der städtebaulichen Beurteilung 2007 zu betrachten.

Des Weiteren wurde Guido Rigutto nicht nur als Vertrauensperson bei den Projekten Posthof Nord und Süd eingesetzt, sondern wurde auch noch zur Beurteilungen der

- Überbauung Mehrfamilienhaus Rheinblick
- Parkhaus SIG
- Neubau Industrieplatz
- Rhytech-Areal mit Hochhäuser
- SIG Projekt Phönix

beauftragt. Bei diesen Projekten gilt es zu vermerken, dass weder die in der Interpellation angesprochene LBM Partner AG noch die GENU AG involviert waren oder sind.



Durch die Vielzahl, der für die im Auftrag der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ausgeführten Aufträge, hatte Guido Rigutto dem Auftraggeber gegenüber stets eine klare, sachbezogene wie auch auf Analysen und Argumenten bezogene Haltung, welche nie zum Nachteil der Gemeinde waren.

Zur Beantwortung der Fragen:

Frage 1:

War der Gemeinderat unterrichtet, dass die CH Architekten AG geschäftliche Beziehungen zur LBM Partner AG hat?

Antwort:

Als der Gemeinderat Guido Rigutto anlässlich der Überbauung Posthof Nord im Jahr 2007 beauftragte, kannten sich einander weder Personen der LBM Partner AG, der GENU AG noch des Gemeinderates. Auch während der Weiterführung der städtebaulichen Beurteilung auf dem Areal Posthof Süd, stand Guido Rigutto in keiner geschäftlichen Beziehung mit der LBM Partner AG noch sonst einer beteiligten Person. Die indirekte Geschäftsbeziehung ergab sich nach der Beurteilung Posthof Nord und vor der Weiterführung der städtebaulichen Beurteilung Posthof Süd. Von dieser wusste der Gemeinderat nichts, weil diese ausserhalb der Auftragszeit für die Gemeinde stattfand.

Abklärungen des Gemeinderates zu den vom Interpellanten erwähnten Projekten haben des Weiteren ergeben, dass beim Projekt Schössliweg, Schaffhausen, die Firma CH Architekten mit Sitz in Wallisellen (davon ist Guido Rigutto einer von sechs Mitinhabern) den Zuschlag für den Studienauftrag von der Firma WKS Generalunternehmungen AG Schaffhausen erhalten hat und nicht von der LBM Partner AG. Des Weiteren war Guido Rigutto selbst an der Projektierung, welche Ende 2011 abgeschlossen war, nicht beteiligt.

Ähnliches gilt auch für das Projekt Überlandstrasse Zürich. Der Investor war die Credit Suisse und CH Architekten bestritten gemeinsam mit LBM Partner AG den Wettbewerb. Auch dieses Projekt wurde nicht von Guido Rigutto direkt geführt und die Projektierung war, ebenfalls wie das Projekt Schössliweg, etwa ein Jahr vor der Auftragserteilung zur Beurteilung „Posthof Süd“ beendet.

Ferner kann gesagt werden, dass beide Projekte für die Firma CH Architekten zwei von insgesamt 76 und die Honorare für die Firma nicht von erheblicher oder gar wirtschaftlicher Bedeutung in den Jahren 2010 und 2011 waren.

Frage 2:

Wenn ja, seit wann und was hat der Gemeinderat unternommen, dass keine Bevorzugung der LBM Partner AG erfolgt beziehungsweise alle Projektentwickler und Investoren in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall gleich behandelt werden?

Antwort:

Der Gemeinderat wusste, wie bereits ausgeführt, nichts von einer Geschäftsbeziehung ausserhalb der Auftragszeit zwischen Guido Rigutto und der LBM Partner AG. Dennoch gilt es nochmals zu erwähnen, dass Guido Rigutto vertrauenswürdig genug ist und dem Gemeinderat diese sicherlich, sofern zum Auftragszeitpunkt eine bestanden hätte, diese auch bekannt gegeben hätte.

Ferner prüfen im Allgemeinen nebst beauftragten Dritten auch noch die Sachverständigen der Bauverwaltung (Paul Kurer als versierte Person bis 2013), der Baureferent und nicht zu Letzt auch noch der Gemeinderat, auf Richtigkeit und Nachvollzug der Analyse und Argumente. Natürlich ist hierbei zu berücksichtigen, dass der Gemeinderat sicher nicht fachlich sattelfest ist, aber erfahren genug ist, Vorgaben sachlich zu beurteilen.

Frage 3:

Wenn nein, was gedenkt der Gemeinderat aufgrund der neuen Erkenntnisse zu tun?

Antwort:

Der Gemeinderat sieht keinen Handlungsbedarf für das laufende Verfahren, zumal sicher vor der indirekten Geschäftsbeziehung zwischen 2009 bis 2012 keine Berührungspunkte vorlagen, sprich Posthof Nord, sowie während der Weiterführung der städtebaulichen Beurteilung des „Posthofs Süd“, welche auf einer logischen Fortführung der Ergebnisse der Empfehlung 2007 beruhte, ebenfalls nicht.

Besten Dank.

ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)

Ist der Interpellant zufrieden?

ER Thomas Theiler (CVP)

Besten Dank für die Ausführungen GR Dino Tamagni, wenn Dein Chef hinter einem Bundesgerichtsentscheid verstecken will. Hier hätte ich es gerne gesehen, wenn das der Referent selber beantwortet hätte. Man hat gesehen, dass Herr Rigutto und die LBM alles im Griff haben und alles super läuft und dass alles angeschaut wird. Eine Diskussion über die 40 Meter Bauhöhe hat es eh nicht gegeben und Sie Herr Gemeindevorstand Stephan Rawyler haben Ende Mai, als Sie hier hinten in der Aula das Projekt Kirchacker vorgestellt haben, haben Sie persönlich sagen können, dass die Fachjury und Sie zum Schluss gekommen sind, dass an der Zentralstrasse nur 20 Meter hoch gebaut wird. Das waren Ihre Worte.

Des Weiteren konnten Sie am 12. Mai sie in der SN lesen, dass im Richtplan Kernzone 1, die Aussage gemacht wird, dass sich die Häuser an der Zentralstrasse an die Höhe des Gebäude Cinévox orientieren sollen. Ebenfalls kann man lesen, dass auch der erste Posthof nicht dem Richtplan Kernzone entsprochen hat und somit, so wie der Posthof jetzt dasteht, nicht zulässig gewesen. Es ist zwar richtig, dass die Empfehlungen einen Spielraum offen lassen, im jetzt vorliegenden Fall „Posthof Süd“, ist die Abweichung gegenüber der Referenz-Objekt aber doch ziemlich krass. Dass sich der Baureferent jetzt die 40 Meter Bauhöhe seiner Investoren an der Zentralstrasse nachträglich noch durch Konradin Winzeler legitimieren lässt, ist reine Willkür des Baureferenten und kann so nicht toleriert werden. Die gleichen Investoren, die schon beim ersten Posthof durch zwei Stockwerke mehr belohnt wurden, dürfen jetzt nochmals, ganz legal, abgesegnet durch den Baureferenten, 20 Meter höher bauen als eigentlich vorgesehen. Geschätzte Damen und Herren, es ist Zeit, dass die Politik bei der städtebaulichen Entwicklung von Neuhausen das Heft in die Hand nimmt und nicht die Investoren. Und zwar bald und ohne die jetzt vom Baureferenten schon wieder ausgesteckten Eckpunkte in der Kernzone. Solche Vorgaben müssen in einer Baukommission ausgehandelt und diskutiert werden. Die Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Geschätzte Damen und Herren, geben sie sich einen Ruck und verlangen sie einen Stopp des Planungsverfahrens „Posthof Süd“, bis eine Baukommission die nötigen Vorgaben ausgearbeitet hat. Der Einwohnerrat sollte jetzt dringend eingreifen, es ist noch nicht zu spät.

Ich hätte noch gerne von Herr Rawyler gewusst, wie denn die zwei zusätzlichen Stockwerke gegenüber dem Kanton begründet wurden, wenn der Richtplan Kernzone 1 nicht eingehalten wurde.

*Diskussion:*ER Michael Bernath (ÖBS)

Die ÖBS ist auch der Meinung, dass die Bevölkerung bei den beiden Bauprojekten mehr mitbestimmen muss.

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich bin von der FDP-Fraktion beauftragt worden, einmal über meine Betroffenheit zu den Angriffen auf den Gemeinderat Dampf abzulassen.

An und für sich sind die Fragen von ER Thomas Theiler berechtigt. Allerdings verwehrt sich die FDP Fraktion gegen das permanente hintergründige Attackieren des Gemeinderates, namentlich des Gemeindepräsidenten zum Zweck, Bauvorhaben, die ihm nicht in den Kram passen und es passt ihm eigentlich keines, zu bodigen. Wir erinnern daran, dass er im Bewusstsein, was uns baulich erwartet, damals nicht das Bauprojekt in Frage stellte, sondern lediglich den Landpreis um das Doppelte erhöhen wollte. ER Thomas Theiler hatte damals trotz den uns vorliegenden Gestaltungsvorschlägen damals nichts gegen das Bauvorhaben eingewendet. Wir muntern ihn auf, doch auch mitzuhelfen, dass unsere Gemeinde nach einem ausgewogenen Konzept wachsen kann, im Gegensatz zur Planlosigkeit der letzten Jahre. Das Resultat kann man ja auf Schritt und Tritt sehen! Durch Deine Verhärtung läufst Du Gefahr, den Alten in die Hände zu spielen, die alles Neue ablehnen unter dem Motto es ging ja bis jetzt auch so, wieso sollen wir was ändern. Wenn man in der Rechnung im Geschäftsbericht nachschaut, ich glaube auf der Seite 22, die Altersstruktur per 31.12.2014, dann gehöre ich zwar auch zu denen, die die Übermacht in den Abstimmungen haben aber ich verstehe mich doch noch so jugendlich, dass ich mich in die Jungen eindenken kann, die sicher interessiert sind, dass die Gemeinde so planmässig wächst, dass sie später nicht unsere Altlasten tragen müssen.

Gemeinderat Dino Tamagni

Ich wollte diese Einwohnerratssitzung auch nochmals erwähnen, wo eigentlich der politische Prozess gewahrt wurde und der Gemeinderat in diesem Falle das Geschäft mit dem Verkauf der Landparzelle eben aus diesem Grund dem Einwohnerrat auch unterbreitet hat, damit dieser mitentscheiden kann. Da wurde im speziellen, wie es ER Walter Herrmann auch gesagt hat, nicht die Höhe, wo das vorgestellte Projekt auch gezeigt wurde, sondern der Landpreis in Frage gestellt, dass dieser zu tief sei und höher sein müsse. Über die Höhe wurde in diesem Fall nicht konkret abgestimmt.

ER Thomas Theiler (CVP)

Ich habe immer noch eine Frage offen, Herr Baureferent.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich denke, Städtebau ist etwas vom heikelsten was man überhaupt machen kann. Wenn man Zonenplan machen muss wie man in den früheren Jahren machen konnte, dann war das relativ einfach. Man konnte schauen, wo kann man noch etwas einzonen und dann hat man sich noch über die Ausnützung unterhalten. Änderungen des Zonenplanes im Bestand gehören aber zu den heiklen Aufgaben. Ich verweise da auch auf einen Beitrag von Lukas Bühlmann, seines Zeichens Präsident



der Vereinigung der Landplaner, VLP ASAP, und wenn man diesen Artikel analysiert, dann sieht man eigentlich, was er empfiehlt ist das, was wir in Neuhausen am Rheinfall seit mehreren Jahren machen. Wir gehen z.B. auf Grossverteiler zu und versuchen die verschiedenen Interessen abzuwägen und die richtigen Entscheidungen zu fällen. Gegen allen Behauptungen, die immer wieder sinngemäss auftauchen, bin nicht ich es, der abschliessend über irgendwelche Bauvorhaben entscheiden kann, sondern das sagt auch schon die Bauordnung Art. 36 in der Kernzone I entscheidet der Gemeinderat über Höhe, Volumen, Setzung von Bauvorhaben gestützt auf einen Richtplan. Der Richtplan, der muss der Gemeinderat dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme vorlegen. Da sehen Sie, es ist nicht die Willkür des Baureferenten sprich von mir, sondern es ist die gesetzliche Vorgabe so wie Sie resp. Ihre VorgängerInnen das in der Bauordnung festgelegt haben. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, ob das sinnvoll ist, was dort steht. Die gemeinderätliche Kommission, die sich intensiv mit diesen Fragen auseinandersetzt schlägt vor, dass wir einerseits eine Baukommission machen, so wie es ER Thomas Theiler gesagt hat, andererseits dass wir eine Regelbauweise einführen. Der Gemeinderat hat über diese beiden Punkte noch nicht befunden aber Fakt ist, dass es heute in der Kernzone I keine Regelbauweise gibt. Von dort her kann man also nichts sagen, ein Bauwerk habe zwei zusätzliche Stockwerke oder sei 20 Meter zu hoch. Es gibt keine Regelbauweise. Beim Posthof kam der Projektentwickler mit einem relativ konkreten Projekt unter einem Neuhauser Architekturbüro, was ja auch immer wieder bemängelt wurde von den gleichen Kritikern, dass nur auswärtige Architekten zum Zug kommen. Nein, hier kommt ein Neuhauser Architekt zum Zuge. Er hat das vorgestellt und wir mussten damals der LBM sagen, dass das so nicht funktioniert, dass das nicht richtplankonform sei und man ist dann zum Ergebnis gekommen, dass der heutige Posthof sehr wohl konform sei. Auch damals wurde Herr Rigutto beigezogen. Paul Kurer hat schon früher mit Guido Rigutto zusammengearbeitet. Es war sein Vertrauensmann. Ich habe ihn damals zum ersten Mal gesehen beim Posthof. Er war mir völlig unbekannt und Guido Rigutto hat mich damals überzeugt durch seine klaren und auch als Laien verständlichen Aussagen in welche Richtung ein Projekt verändert bzw. verbessert werden kann. Das ist die Aussage, die ich bezüglich des Posthofs machen kann. Der Zeitungsartikel, den ER Thomas Theiler sinngemäss zitiert hat, der stützt sich ja weitgehend auf den Beschluss des Gemeinderates. Dieser hat sich mit der Stellungnahme des Kantons zur Vorprüfung des Posthofs Süd auseinandergesetzt. Das Baureferat und der Gemeinderat sind nach wie vor der Meinung, dass der Posthof sehr wohl richtplankonform ist. Wenn er es nicht gewesen wäre, dann hätte ja der Kanton den Quartierplan nie und nimmer genehmigen dürfen. Auch hier ist daran zu erinnern. Der Quartierplan genehmigt nicht der Gemeinderat, genehmigt nicht der Baureferent, nicht der Leiter Hochbau sondern das Baudepartement des Kantons Schaffhausen oder im Rekursverfahren dann der Regierungsrat. Da ist der Weiterzug möglich ans Obergericht und ans Bundesgericht. Das ist nicht passiert in diesen Fällen. Nach dem Einspracheverfahren wurde der Quartierplan dann vom Baudepartement des Kantons Schaffhausen geprüft und wurde dann genehmigt. Wir haben auch jenen Bau den Quartierplan nochmals angeschaut. Die Punkte, die in diesem Zeitungsartikel aufgeführt worden sind. Das Baudepartement hat zugestehen müssen, dass verschiedene Äusserungen zu absolut in der Vorprüfung erfolgten. Das zum Teil für Forderungen schlichthin die gesetzliche Grundlage fehlt und dass man sich nicht bewusst war wie tatsächlich die gesetzliche Regelung in Neuhausen am Rheinfall ist. Ein kleines Beispiel: Es wurde moniert beim Posthof Süd, es habe zu wenige Parkplätze. Wenn Sie in der Gemeinde umherfahren und nicht nur in Neuhausen am Rheinfall sehen Sie, dass überall Halleneinstellplätze vorhanden sind. Diese werden überall angeboten also ist man bei dieser guten öffentlichen Verkehrsversorgung, die wir in Neuhausen am Rheinfall haben, sind wir berechtigt unter die Normen der VSS zu gehen. Das machen wir auch. Das haben wir bei anderen Orten schon vorgesehen und ich kann Ihnen versichern, alle Projekte werden gleich behandelt. Entscheidend ist das übergeordnete Recht, es wird niemand bevorzugt. Ich kann Ihnen nur sagen auch die LBM hat sich schon sehr deutlich bei mir geäussert, sie sei nicht zufrieden. Sie werde benachteiligt. Offenbar sind in der Baubranche die Emotionen manchmal sehr hoch. Davon darf man sich aber nicht anstecken lassen und muss sauber arbeiten. Meine Mitarbeiter und der Gemeinderat machen das. Ich bin sehr optimistisch, dass wir hier in Neuhausen am Rheinfall



eine gute Städteplanung zustande bringen. Ich muss an diesem Ort vielleicht auch noch meine etwas kleine Enttäuschung anbringen. Beim letzten Dialogforum war die Teilnahme der Einwohnerräte sehr überschaubar. Dort ging es genau um die städtebauliche Planung. Nicht gestützt auf das was mein Referat einfach so erfunden hat, sondern gestützt auf die Studie der Herren Haag Händle aus Biel. Die sind nun auch nicht gekauft. Die sind wirklich Fachleute auf ihrem Gebiet und haben eine hervorragende Arbeit geleistet und diejenigen, die dort waren konnten zur Kenntnis nehmen, es wurde sehr gut aufgenommen.

ER Thomas Theiler (CVP)

Ich hätte gerne, dass Sie meine Frage beantworten. Wie war die Begründung für die Stockwerke auf dem Posthof? Können Sie das beantworten oder wollen Sie das nicht beantworten? Das will ich jetzt von Ihnen wissen?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Selbstverständlich kann ich das sagen. Die LBM wollte dies ursprünglich nicht und zwar wegen der erhöhten Kosten die damals ein Hochhaus auslöste. Wir haben nämlich mit diesen Stockwerken den Hochhausbegriff überschritten. Damals war es bei 25 Meter heute sind wir bei 30 Meter. Aufgrund der Analyse von Guido Rigutto zeigte sich aber ganz klar, dass wir ein gutes Stadtbild nur dann kriegen, wenn der hintere Teil, also derjenige der wenn man an der Zentralstrasse steht, die Breitseite zeigt, wenn dieser etwas höher ausgestaltet wird. Da hat man dann in verschiedenen Varianten nochmals Studien gemacht und hat dann gesehen, dass so eigentlich ein guter Gesamteindruck hinkommt. Vor allem hat man damit erreicht, dass die nicht ganz geglückte Liegenschaft an der Schaffhauserstrasse sich besser in das Gesamtbild einbringen kann. Das kann man heute auch tatsächlich auf Fotos nachweisen. Es sieht viel besser aus. Der Wagenblock wirkt nicht mehr so dominant sondern er wird unterteilt. Auch Bewohner aus diesem Block sagen, es ist gut so!

ER Thomas Theiler (CVP)

Ich bin mit Ihrer Antwort nicht zufrieden. Sie sagen genau das nicht, um was es geht. Ich habe auch nichts gegen die zwei Stockwerke, die beim jetzigen Posthof höher gebaut wurden, weil es um die Begründung geht und die Begründung lautete nämlich, man holt den Wagenblock über den Posthof auf die Zentralstrasse runter und es war nicht der Punkt, dass an der Zentralstrasse wieder 40 Meter gebaut wurden. Das wissen Sie nämlich ganz genau. Um das geht es! Es geht um die Begründung, dass man vom Wagenblock über den Posthof auf die Zentralstrasse runtergekommen wäre und die 40 Meter stehen nirgends. Das ist entweder Ihr Produkt oder das Produkt des Investors. Das ist genau die Gretchenfrage, um die es geht! Es geht nicht um die 40 Meter. Wir können ja nicht einmal in irgendeiner Kommission diskutieren, hat der Gemeinderat das Recht d.h. Sie sind der Chef, darum geht es!

ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)

Jetzt muss ich mal eingreifen. Das ist ein persönlicher Kampf gegen den Gemeindepräsidenten. Der Gemeinderat ist eine Kollegialbehörde und der Gemeindepräsident hat ganz genau geklärt, welche Instanzen zuständig sind für die Bauordnung, für die Bauzuteilung etc. Schlussendlich ist der Kanton zuständig und wenn da noch etwas ist kann man ans Kantonsgericht gehen. So ist der Prozess! Du musst einfach immer nur auf dem Gemeindepräsidenten herumreiten. Du willst die Entwicklung von Neuhausen am Rheinfall unterbinden. Du willst den Investoren Vorschriften machen, was sie zu tun



haben, indem dass du vorschlägst, die Einwohner von Neuhausen am Rheinfall sollten vermehrt hinzugezogen werden. Wenn Du das willst, dann kannst Du das machen und dann werden die Investoren von Neuhausen am Rheinfall wegziehen und einen schlechten Eindruck hinterlassen, so dass gar nichts mehr passiert und die können irgendwo anders investieren, wo sie auch willkommen sind und ihnen nicht dauernd Prügel in die Speichen gelegt werden.

ER Thomas Theiler (CVP)

Zum Schluss. Wenn Sie meine neue Interpellation lesen, in der quasi ER Peter Gloor wegen der Rampe gefragt hat in der Badi und wenn Sie jetzt meine Frage gehört haben und quasi die Umschweifungen, die der Gemeindepräsident gemacht hat, dann sehen Sie das Problem.

ER Walter Herrmann (FDP)

Ordnungsantrag! Das geht jetzt nicht mehr um die Interpellation.

ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)

Wer dem Ordnungsantrag zustimmen möge, möchte das bitte mit Handerheben bezeugen.
Einstimmig!

Das Geschäft ist somit erledigt.



ER-Präsident Arnold Isliker (SVP)

Wir treffen uns zur nächsten Einwohnerratssitzung am Donnerstag, 20. August 2015. Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen und wünsche allen einen schönen Abend und schöne Sommerferien. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Arnold Isliker
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin